



Luftsportdepesche Rhein-Main-Saar
Ausgabe Nr. 22 vom 30. September 2010

• 69. Deutscher Segelfliegtag in Ulm

Am Samstag, den 30. Oktober 2010, wird von 8.30 Uhr bis 19.30 Uhr in der Donauhalle in Ulm der 69. Deutsche Segelfliegtag stattfinden:

Deutscher Segelfliegtag
ULM 2010

DEUTSCHER AERO CLUB E.V.

www.deutschersegelfliegtag-ulm.de

- Sportlerehrungen
- Festvortrag - Matthias Dolderer:
Red Bull Air Race: Der Weg vom
Segelflieger zum Formel-1-Piloten der Lüfte
- Fachvorträge
- Ganztägige Segelflug-Ausstellung
- Segelflieger-Party

Samstag, 30. Oktober 2010
8.30 Uhr bis 19:30 Uhr
Donauhalle Ulm

BWLV





• **Hessischer Segelfliegertag 2010**

Am Samstag, den 27. November 2010, wird ab 10.00 Uhr im „Von-Steinrück-Haus“ in Poppenhausen/Rhön der Hessische Segelfliegertag 2010 stattfinden:

- 09:30 Sektempfang mit Bürgermeister, Landrat, Sportdezernent etc.
- 10:00 Eröffnung, Grußworte der Ehrengäste
- 10:45 Bericht des Segelflugreferenten
- 11:15 Vorträge
- 12:00 Siegerehrung DMSt Club + Doppelsitzer
- 12:15 Mittagspause
- 13:00 Vorträge
- 13:45 Siegerehrung DMSt Standard + 15m
- 14:00 Vorträge
- 14:45 Siegerehrung DMSt 18m + Offene
- 15:00 Vorträge
- 15:45 Sonstige Ehrungen
- 16:00 Vorträge
- 16:45 Wahl des Segelflugreferenten
- 17:00 Schlußwort

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß die Hessische Segelflugkommission einen neuen stellvertretenden Vorsitzenden sucht!

Der derzeit mangels Nachfolger noch kommissarisch tätige stellvertretende Vorsitzende scheidet zum hessischen Segelfliegertag 2010 in Poppenhausen aus. Die Tätigkeit ist mit gutem segelfliegerischen Sachverstand und ein wenig Freizeit leicht zu bewältigen. Der Kandidat hat die Möglichkeit, die hessische Verbandspolitik entscheidend mitzugestalten. Vorschläge sind am hessischen Segelfliegertag herzlich willkommen.



• Förderflugzeug der Clubklasse für Nachwuchspilotinnen

Der „Dr. Angelika Machinek Förderverein Frauensegelflug“ (AMF) stellt ein Förderflugzeug der Clubklasse für Nachwuchspilotinnen zur Verfügung. Die Hornet D-7821 mit Winglets und Wettbewerbsausstattung wird zur Förderung von Segelfliegerinnen, die über kein eigenes Flugzeug verfügen und keinen Anspruch auf ein anderweitiges Förderflugzeug haben, eingesetzt. Es werden mit dem AMF Förderflugzeug gezielt Trainingsmaßnahmen der jeweiligen Pilotin unterstützt. Bewerbungen können bis zum 15. November 2010 eingereicht werden, so daß die Bewerberinnen bis Jahresende über die Auswahlentscheidung informiert werden können. Das notwendige Antragsformular sowie die Vergaberichtlinien liegen als PDF Dokument anbei.

• Hessen: Das ewige Thema Versicherungsschutz in Luftsportvereinen

Im Gegensatz zu unseren Fliegerkameraden im Saarland haben sich die meisten hessischen Luftsportvereine über örtliche Versicherungsagenturen absichern lassen. Das Thema Versicherung für Luftsportvereine ist ein sehr umfassendes und komplexes Thema - und nicht immer verstehen die verantwortlichen Vereinsvorsitzenden die umfangreichen Versicherungsklauseln.

Der Hessische Luftsportbund e.V. hatte zu seiner Hauptversammlung im Frühjahr 2010 ein Angebot der Allianz Versicherung in Form eines Gruppen- und Rahmentarifes für alle hessischen Luftsportvereine vorgestellt. Die gesamten Unterlagen sind allen Vereinsvorsitzenden mit der Bitte um Rückmeldung per Briefpost zuschickt worden.

Für die Vereinsvorsitzenden gilt es, grundsätzlich vier Bereiche im Versicherungsvergleich zu berücksichtigen: Erstens ist zu prüfen, welche Versicherungsverträge mit der Berufsgenossenschaft abgeschlossen wurden (dies betrifft in aller Regel nur den Versicherungsschutz der ehrenamtlich tätigen Vereinsvorstände und Amtsträger). Zweitens sind alle Luftsportvereine, die Mitglied im Hessischen Luftsportbund e.V. sind, zugleich Mitglied im Landessportbund Hessen e.V. und hierüber über das Versicherungspaket des Landessportbund abgesichert. Der Landessportbund Hessen e.V. veröffentlicht übrigens regelmäßig die aktuellen Versicherungsbedingungen für seine Sportvereine im Internet („Sportversicherungsvertrag“). Diese Bedingungen liegen in aktueller



Form als PDF Dokument bei. Drittens muß die gesamte Infrastruktur am Flugplatz versichert sein (u.a. Winde, Lepo, Gebäude, Personen, Veranstaltung und vieles mehr). In den Versicherungsunterlagen der Allianz für alle hessischen Luftsportvereine sind alle nur erdenklichen Versicherungsobjekte aufgeführt. Viertens gilt es, das Fluggerät in den Luftsportvereinen selbst zu versichern; hier kann es leider keine Pauschal- oder Rahmenverträge geben, da Flugzeuge je nach unterschiedlicher Nutzung (Schulung, Charter, CSL, etc.) bzw. nach Luftfahrzeugmuster (Motorflugzeug, Segelflugzeug, Drachen, UL, etc.) sowie nach Alter und Zustand individuell versichert werden müssen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Fluggerät und Flugzeuge sollten zu individuellen Konditionen versichert werden. Hier kann es keinen Rahmenvertrag geben. Sinnvoll ist es jedoch, sich mit Fliegerkameraden in anderen Luftsportvereinen auszutauschen!

Die zuvor genannten drei Versicherungen (Berufsgenossenschaft, Sportversicherungsvertrag des Landessportbund Hessen und Rahmenvertrag der Allianz) sollten von den Vereinsvorsitzenden gewissenhaft gelesen und verglichen werden. Es reicht dabei nicht aus, nur nachzuschauen, ob ein Objekt versichert ist, sondern es muß gezielt geprüft werden, zu welchen Konditionen und mit welchen Versicherungssummen bestimmte Risiken abgesichert sind. So wird deutlich, daß das Verletzungsrisiko (beispielsweise ein Unfall bei der Winterarbeit in der Vereinswerkstatt) über den Sportversicherungsvertrag mit wesentlich geringen Versicherungssummen abgedeckt ist als über den Rahmenvertrag der Allianz.

Der Präsidialrat des Hessischen Luftsportbundes e.V. hat mit dem Rahmenvertrag der Allianz Versicherung seinen Mitgliedern ein sehr gutes und umfassendes Versicherungsangebot vorgelegt. Nun liegt es an den hessischen Luftsportvereinen und an deren Vereinsvorsitzenden, diesen Rahmenvertrag mit bestehenden Versicherungsverträgen zu überprüfen. Diese Prüfung wird unter Umständen zeigen, daß bestimmte Risiken auf hessischen Vereinsflugplätzen entweder noch gar nicht oder fahrlässigerweise völlig unterversichert sind.

Auch gilt zu berücksichtigen, daß je nach bestehenden Versicherungsverträgen mit anderen Versicherungsgesellschaften lediglich „aktive Vereinspiloten“ ver-



sichert sind. Passive Mitglieder oder Fördermitglieder, die nicht über den Hessischen Luftsportbund e.V. gemeldet sind und damit auch nicht dem Landes-sportbund Hessen e.V. bekannt sind, genießen auf dem Flugplatz unter Um-ständen dann keinen Versicherungsschutz!

Da der Rahmenvertrag der Allianz Versicherung für die hessischen Luftsport-vereine sehr umfassend ist, kann dieses Angebot leider nicht mit der Luft-sportdepesche verschickt werden. Jedoch sind diese Unterlagen jedem hessi-schen Luftsportverein bereits per Briefpost zugegangen. Alternativ können die Unterlagen bei der Geschäftsstelle in Darmstadt erneut angefordert werden.

Es gilt der Nachsatz:

**Liebe Vereinsvorstände, prüft bitte den Versicherungsschutz
und die Versicherungssummen für Eure Vereinsmitglieder!**

• DAeC - Newsletter Ausgabe 12/2010

Der aktuelle Newsletter des Deutschen Aero Club e.V., Ausgabe 12/2010, ist erschienen und dieser Luftsportdepesche als PDF Dokument beigelegt.

• Hessischer Jugendpokal am Flugplatz Ziegenhain erflogen

Im Rahmen des Jugendvergleichsfliegens wurde am Ziegenhainer Flugplatz der Hessenmeister ermittelt. Von insgesamt 125 Teilnehmern des gesamten Hessenentscheids waren am vorletzten Wochenende die 30 besten Piloten für die hessische Endausscheidung nach Nordhessen gekommen. Der hessische Wanderpokal ging an Marcel DuPont vom LSV Homberg/Efze für den ersten Platz; zusammen mit dem zweitplatzierten Andreas Herdt vom Aeroclub Butz-bach und dem drittplatzierten Lukas Schäfer vom VFL Aßlar, wird er die Hessen beim Bundesentscheid vertreten. Tim Vogel, der mit der Akaflieg Frankfurt am Flugplatz Ziegenhain beheimatet ist, belegte den vierten Platz. Weil das Wetter mitspielte waren schon am Samstag alle Auswertungsflüge möglich. Drei Wer-tungsflüge, mit verschiedenen Übungen die jeweils mit einer Ziellandung en-deten, hatte jeder Pilot zu absolvieren. Diese erforderten präzises und genau-es Fliegen, welches von erfahrenen Punktrichtern am Boden bewertet wurde.



Verena Feiler, die Vorsitzende der hessischen Luftsportjugend, dankte den verantwortlichen Veranstaltern vom FSV Schwalm für die hervorragende und zuverlässige Organisation. Der FSV Schwalm habe die Organisation sehr gerne übernommen, zumal der Flugplatz Ziegenhain die besten Möglichkeiten für Veranstaltungen dieser Art biete, so der Vorsitzende Ludwig May.

• **Kunstfluglehrgang während der Herbstferien in Bexbach/Saar**

In den Herbstferien bzw. für den Zeitraum von Sonntag, 10. Oktober 2010, bis Sonntag, 24. Oktober 2010, lädt der Aero Club Saar e.V. herzlich zum Segel-Kunstfluglehrgang ein. Interessenten aus anderen Luftsportvereinen, also auch aus Hessen und aus Rheinland-Pfalz, sind herzlich willkommen, wobei die Teilnehmerzahl allerdings insgesamt beschränkt ist.

Teilnahmevoraussetzungen:

- PPL C mit F-Schleppberechtigung
- Mindestens 50 Stunden Segelflug nach Schein, besser jedoch 100 Stunden
- Entsprechende körperliche Fitneß
- Zustimmung des jeweiligen Vereinsausbildungsleiters (schriftlich)

Zu den Lehrgangsinhalten zählen: Eine theoretische Einweisung in den Segelkunstflug (Gesetzliche Bestimmungen, Flugmechanik und Aerodynamik, physische und psychische Belastungen, ARESTI-Symbolschrift, Sicherheitsregeln, Bodenweisung, Gefahrenzustände, Abbruchstrategien, Langsamflug, Schiebe-



flug, Sackflug, Überziehverhalten, Trudeln usw.). Ebenso gehören zum Lehrgangsinhalt 5,0 Stunden praktische Kunstflugausbildung (Rückenflug, Überschlag, hochgezogene Rollenkehre, Abschwung, Turn, gesteuerte Rolle, Steilkreise, Landung im Slip, Ziellandung).

Erfahrungsgemäß benötigt man 12 bis 15 Starts (à 25 min.) bis zur Beherrschung der Flugfiguren für den Prüfungsflug. An Schleppgebühren fallen 1,80 €/min auf den Schleppmaschinen an. Ein Schlepp auf 1.200 m ist etwa auf 15 min anzusetzen, so daß ca. 27,00 € an Schleppkosten anfallen. Hinzu kommen die Fluggebühren für das Segelflugzeug - derzeit 0,30 €/min bei der ASK 21 - in Höhe von etwa 7,50 €. Für den Lehrgang selbst fallen noch einige geringere Kosten an (Lehrgangsmaterial, Genehmigung, Prüfungsgebühr, etc.) an, so daß mit 20,00 € Gebühr pro Teilnehmer gerechnet werden muß. Die Gesamtkosten dürften sich daher für den Erwerb einer Kunstflugberechtigung zwischen 400 € und 500 € belaufen. Dies ist im Vergleich zu Kunstfluglehrgängen andernorts sehr günstig.

Wer nicht die Kunstflugberechtigung erwerben, sondern nur einmal Kunstflug mit Lehrer erleben oder seine persönliche Flugsicherheit vergrößern möchte, ist ebenfalls herzlich eingeladen. Ebenso Scheininhaber mit Kunstflugberechtigung, die ihre Fertigkeiten auffrischen möchten.

Anmeldung per E-Mail an:

karlheinz.pohmer@t-online.de

hans-fred-harig@aeroclub-saar.de

• Breitscheider Crews bei der Deutschen Motorflugmeisterschaft

Vom 7. bis 12. September 2010 fand am Flugplatz Allendorf/Eder die 25. Deutsche Motorflugmeisterschaft im Navigationsflug statt. Mannschaften aus Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und aus Schleswig-Holstein gingen an den Start. Als am Donnerstagnachmittag alle Teilnehmer eingetroffen waren, wurde mit dem Landewettbewerb begonnen. Hintereinander mußten eine normale Landung, eine Landung ohne Gas mit Klappen, eine Landung ohne Gas und ohne Klappen sowie eine normale Landung über eine 2m hohe Schnur in ein markiertes Landefeld absolviert

werden. Das Aufsetzen der Flugzeuge wurde exakt mit Hilfe der elektronischen Landeanlage des Deutschen Präzisionsflugvereins gemessen. Sieger des Landewettbewerbs wurde Marcus Ciesielski von der LSG Breitscheid/Haiger.



Freitag und Samstag gingen die Crews jeweils auf einen Streckenflug. Zunächst bekam jeder eine Theorieaufgabe, in der ein Flugplan zu berechnen war. Dann bereiteten die Mannschaften ihre Karte für den Navigationsflug vor; die Checkpunkte für den sekundengenauen Zeitüberflug waren vorgegeben und mußten noch verbunden bzw. mit Kursen versehen werden. Zu jedem Checkpunkt gab es ein Foto, welches während des Überfluges richtig zugeordnet werden sollte. Die Flugvorbereitung dauerte 75 Minuten und mit vorgegebener Startzeit gingen alle Flugzeuge im zweiminütigen Abstand auf die Strecke. Nach rund 1 ¼ Stunden kehrten alle Teilnehmer in gleicher Reihenfolge zurück und machten zum Abschluß nochmals eine Ziellandung. Danach begann die Arbeit der Auswerter: Michael Amtmann las die mitgeführten Logger aus, Peter Thiel und Heinrich Kruse werteten die Karte aus und Dr. Friedhelm Siebert wachte als Hauptschiedsrichter darüber, daß alles seine Ordnung hatte.

Samstagabend nahm Wolfgang Müther, der Vorsitzende der Bundeskommission Motorflug, die Siegerehrung vor. Er bedankte sich bei allen Mannschaften sowie bei Karl-Heinz Bender als Wettbewerbsleiter für den schönen und fairen Wettbewerb. Deutscher Meister im Navigationsflug wurde zum 4. Mal hinter-



einander die Crew Helmut Bäder und Gerhard Spreng aus Kirchheim/Teck. Vizemeister wurden Marcus und Astrid Ciesielski aus Breitscheid/Haiger. Oskar und Robert Deppe aus Breitscheid belegten den sechsten Platz.

• Zur Wartung historischer Flugzeuge

Für Besitzer und Liebhaber von historischen Flugzeugen hat das Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 14. September 2010 einen gewissen Glücksbotencharakter, denn es bringt deutliche Erleichterungen bezüglich der Wartung historischer Fluggeräte.

Seit Anfang 2010 gelten die Bestimmungen der EASA für Wartung und Instandhaltung von Luftfahrzeugen. Danach dürfen nur die nach Part M zugelassenen Betriebe diese Aufgaben übernehmen. Für die Wartung von Flugzeugen, die im Annex II der Basic Regulation von der EASA Regelung ausgenommen sind, dazu gehören beispielsweise die historischen Segelflugzeuge, gelten weitere Auflagen. Sie dürfen nur in Betrieben, die eine zusätzliche, gebührenpflichtige, nationale Genehmigung des LBA haben, gewartet werden.

Der Luftsportverein Südtondern in Schleswig-Holstein, der bei Oldtimerfreunden für seinen historischen Flugzeugpark mit „Minimoa“ und „Weihe“ bekannt ist, hatte sich über diese überflüssige und teure Regelung geärgert, denn mit 500 € bis 1000 € jährlich pro Luftfahrzeug schlägt diese Vorschrift zu Buche. Mit Unterstützung durch die Technische Kommission des DAeC wandte man sich an Bundestagsmitglied Wolfgang Börnsen. Es wurde argumentiert, daß eine gesonderte nationale Genehmigung für den Luftfahrttechnischen Betrieb (LTB) überflüssig sei, denn die nach europäischen Verordnungen zugelassenen Betriebe seien bestens qualifiziert, auch die Wartung und Instandhaltung an Annex II Luftfahrzeugen durchzuführen.

Börnsen hatte sich der Auffassung angeschlossen und in einem Brief an den Verkehrsminister Peter Ramsauer darum gebeten, die Notwendigkeit der zusätzlichen Genehmigungspflicht zu überprüfen. Jan Mücke, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, erklärte im Auftrag seines Ministers, daß „auf längere Sicht ein eigenständiges nationales System zur Aufrechterhaltung und Feststellung der Lufttüchtigkeit zusätzlich zum eu-

europäischen System weder notwendig noch sinnvoll ist“. Er teilte mit, daß im Ministerium bereits an der Änderung der nationalen Verordnungen gearbeitet würde. Danach wäre die zusätzliche Genehmigung über die Anerkennung nach europäischen Vorschriften hinaus nicht mehr erforderlich. Die Änderung der Vorschrift soll noch in diesem Jahr in Kraft treten.



Photobeschreibung: Wolfgang Börnsen, MdB, (3. v.l.) besuchte am 6. September 2010 den Flugplatz Aventoft und informiert sich über Oldtimer-Segelflugzeuge. Die Spezialisten Rudolf Schuegraf, Vorsitzender der Technischen Kommission des DAeC, Hans-Ulrich Henningsen, Vorsitzender des Luftsportverein Südtondern, Gerhard Allerdissen, Initiator des Treffens, und Rainer Hüls, Leiter des Luftfahrttechnischen Betriebs Hamburg und Schleswig Holstein, gaben Auskunft (Bildquelle: Hans-Werner Christiansen).

• Herbstsitzung des Zweckverband Luftsport Rhein-Main-Saar

Auf der Herbstsitzung des Zweckverband Luftsport Rhein-Main-Saar, die am Samstag, den 25. September 2010, am Flugplatz Egelsbach stattgefunden hatte, trafen sich die Luftsportlandesverbandspräsidenten sowie Sportfachreferenten aus Hessen, aus Rheinland-Pfalz und aus dem Saarland. Neben zahlreichen anderen Themen wurde u.a. bestätigt, daß die Luftsportdepesche das elektronische Organ des Zweckverband ist und die Luftsportdepesche für jeden Luftsportverein und für jeden Fliegerkameraden aus den drei Luftsportlandesverbänden zur Verbreitung von Terminen, Veranstaltungen und Berichten frei und kostenlos zur Verfügung steht. Es wurde zudem darauf hingewiesen, daß



die Luftsportdepesche mittlerweile in den letzten drei Jahren ein solch großes Ausmaß an Inhalten und Empfängern angenommen hat, ist sie im Januar 2010 mit einer Internationalen Standardseriennummer (ISSN 1869-8603) für Zeitschriften und fortlaufende Publikationen autorisiert worden ist. Es ergeht daher die Bitte an alle Luftsportvereine, einen kleinen Internetverweis auf die Adresse www.Luftsportdepesche.de zu setzen, um weitere Fliegerkameraden und am Luftsport Interessierte informieren zu können.

• Übersicht der beigefügten PDF Dokumente

- 01) Luftsportdepesche Nr. 22 vom 30. September 2010
- 02a) AMF Förderflugzeug der Clubklasse für Nachwuchspilotinnen (Antrag)
- 02b) AMF Förderflugzeug der Clubklasse für Nachwuchspilotinnen (Verfahren)
- 03) Sportversicherungsvertrag Landessportbund Hessen e.V.
- 04) DAeC - Newsletter Ausgabe 12/2010

Mit fliegerischen Grüßen

gez. Markus Lenz, Pressereferent

Hessischer Luftsportbund e.V.

ppa. Zweckverband Luftsport Rhein-Main-Saar

Herausgeber der „Luftsportdepesche“ und Verantwortlicher im Sinne des Pressegesetzes:

ISSN 1869-8603 | Hessischer Luftsportbund e.V. + Aero Club Saar e.V. + Luftsportverband Rheinland-Pfalz e.V.

Der Hessische Luftsportbund e.V. ist eingetragen beim Registergericht der Stadt Darmstadt, VR 1112

Der Aero Club Saar e.V. ist eingetragen beim Registergericht der Stadt Saarbrücken, VR 2416

Der Luftsportverband Rheinland-Pfalz e.V. ist eingetragen beim Registergericht der Stadt Bad Kreuznach, VR 538



Dr. Angelika Machinek
Förderverein
Frauensegelflug e.V.

Antrag auf Nutzung der AMF Hornet für Nachwuchspilotinnen im Jahr 2011

Name, Vorname:

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Email

Geb.datum:

Beruf/Ausbildung:

Verein

Pate

Flugstunden/-strecken

Wettbewerbserfahrung

Zeitraum

Einsatzort

Begründung / Vorhaben

Susanne Schödel
1. Vorsitzende
Telefon: 0 69 - 36 60 37 86
Telefax: 0 69 - 36 60 37 87
info@am-foerderverein.de

Ingrid Blecher
Stellvertretung
Telefon: 02 71 - 33 63 43
Telefax: 02 71 - 33 63 43
Ingrid.Blecher@t-online.de

Walter Eisele
Schatzmeister
Telefon: 0 70 24 - 466611
Telefax: 0 70 24 - 466612
we-walter.eisele@t-online.de

Prof. Dr. Hanno Obermayer
Schriftführer
Telefon: 0 73 61 - 6 63 66
Telefax: 0 73 61 - 5 76 31 38
hans.obermayer@fh-aalen.de



Dr. Angelika Machinek
Förderverein
Frauensegelflug e.V.

Vergabemodus für die AMF Hornet 2011

Nach Maßgabe der Satzung des Vereins und der Erfüllung von § 2 „Zweck des Vereins“ stellt der Vorstand des AMF e.V. ein Förderflugzeug der Clubklasse für Nachwuchspilotinnen zur Verfügung. Die Hornet D-7821 mit Winglets und Wettbewerbsausstattung (Index 100) wird zur Förderung von Segelfliegerinnen, die über kein eigenes Flugzeug verfügen und keinen Anspruch auf ein anderweitiges Förderflugzeug haben, eingesetzt. Es werden mit dem AMF Förderflugzeug gezielt Trainingsmaßnahmen der jeweiligen Pilotin unterstützt.

Die geförderten Pilotinnen sollen in ihren Heimatvereinen aktiv das Vereinsleben mitgestalten. Der Vorstand behält sich eine Anfrage beim entsprechenden Verein vor. Bewerbungen können bis zum 15. November 2010 eingereicht werden. Die Bewerberinnen werden bis Jahresende über die Auswahlentscheidung informiert. Das Antragsformular steht im Internet unter www.am-foerderverein.de

Die Vergabe der Flugzeuge wird in folgenden Punkten geregelt:

1. Die Pilotin ist Mitglied in einem Verein eines DAeC Landesverbandes. Sie ist Mitglied im AMF e.V.
2. Fliegerische Voraussetzungen:
 - mindestens 100 Stunden Flugzeit in einsitzigen Segelflugzeugen
 - mindestens ein 300 km Dreieck, geflogen in einem einsitzigen Segelflugzeug
 - Teilnahme an mindestens einem Wettbewerb als verantwortliche Pilotin

Der Vorstand des AMF behält sich vor, sich über die fliegerischen Voraussetzungen beim Vereinsausbildungsleiter kundig zu machen.

3. Die Vergabe für Wettbewerbe und Trainingsmaßnahmen hat Vorrang.
4. Der Antrag auf Ausleihung erfolgt nach einer Patenregel, d.h. auf Empfehlung des Vereinsausbildungsleiters der Pilotin, des Landestrainers oder eines Vorstandsmitgliedes des AMF.
5. Die Auswahl anhand der Vergabeanträge und persönlicher Gespräche mit den Bewerberinnen sowie die Vergabe-Entscheidung wird vom Vorstand des AMF e.V. getroffen. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Zuteilung.
6. Details für die Bereitstellung des Förderflugzeugs werden vertraglich geregelt.

Kirchheim, den 12. September 2010

Der Vorstand des AMF e.V.

Susanne Schödel
1. Vorsitzende
Telefon: 0 69 - 36 60 37 86
Telefax: 0 69 - 36 60 37 87
info@am-foerderverein.de

Ingrid Blecher
Stellvertretung
Telefon: 02 71 - 33 63 43
Telefax: 02 71 - 33 63 43
Ingrid.Blecher@t-online.de

Walter Eisele
Schatzmeister
Telefon: 07024 - 466611
Telefax: 07024 - 466612
we-walter.eisele@t-online.de

Prof. Dr. Hanno Obermayer
Schriftführer
Telefon: 0 73 61 - 6 63 66
Telefax: 0 73 61 - 5 76 31 38
hans.obermayer@fh-aalen.de

Merkblatt 2009

zum

Sportversicherungsvertrag

Vorwort

Der Landessportbund Hessen e.V. (lsb h) hat die wichtige Aufgabe, seinen Mitgliedsvereinen, Sportkreisen und Verbänden einen möglichst weitgehenden Versicherungsschutz sicherzustellen.

Der lsb h-Sportbundtag hat am 11.10.2003 in Frankfurt die Weiterführung des Sportversicherungsvertrages mit den bewährten Partnern beschlossen. Die Laufzeit beginnt am 01.01.2005 und endet am 31.12.2014.

Für den Vertrag gelten folgende Grundsätze:

- 1. Der Sportversicherungsvertrag soll die vorhandenen Risikobereiche für die Vereine weitgehendst abdecken. Er soll die Vereine und vor allem die vielen ehrenamtlich in den Vereinen tätigen Personen schützen. Er ersetzt keinesfalls die private Vorsorge der Sportlerinnen und Sportler und wird diesen Personen deswegen primär nur bei schweren Unfällen zur Verfügung gestellt.*
- 2. Die Vertragslaufzeit von 10 Jahren gewährleistet eine Planungssicherheit für den lsb h und seine Vereine. In ständiger Abstimmung mit dem Sportversicherer werden bei Bedarf Bedingungen angepasst. Außerdem werden vereinsgerechte Zusatzversicherungen angeboten. Vereine erhalten auf Anfrage individuelle Angebote.*
- 3. Individuelle oder sportartspezifische Besonderheiten dürfen nicht zu Lasten aller gehen, da die Beitragsgestaltung vertretbar und finanzierbar bleiben muss. Der Grundsatz des lsb h der Gleichbehandlung aller Vereine wird in diesem Sportversicherungsvertrag weiterhin seinen Niederschlag finden.*

Landessportbund Hessen e.V.

Die Sportversicherung zwischen dem Landessportbund Hessen e.V. (lsb h), und den Gesellschaften ARAG Allgemeine, EUROPA Kranken und ARAG Rechtsschutz gelten für die Dauer der Mitgliedschaft für die im lsb h zusammengeschlossenen Fachverbände und Vereine sowie deren Mitglieder.

Scheidet ein Verein bzw. ein Fachverband aus dem lsb h aus, so endet damit auch für das einzelne Mitglied der Versicherungsschutz.

Vertragsgesellschaften

ARAG
Allgemeine Versicherungs-AG
ARAG Platz 1
40472 Düsseldorf

EUROPA
Krankenversicherung Aktiengesellschaft
Piusstraße 137
50931 Köln

ARAG
Allg. Rechtsschutz-Versicherungs-AG
ARAG Platz 1
40472 Düsseldorf

A. Versicherte Organisationen und Personen	3	VIII. Krankenversicherung –	
I. Versicherungsschutz für den Isb h und seine Organisationen	3	EUROPA Krankenversicherung AG	16
II. Versicherungsschutz für die Mitglieder und Mitarbeiter des Isb h und der Organisationen im Isb h	3	1. Gegenstand der Versicherung	16
B. Versicherungsbranche	3	2. Leistungen	16
I. Unfallversicherung –		3. Einschränkung der Leistungspflicht	17
ARAG Allgemeine Versicherungs-AG	3	4. Auszahlung der Leistungen	17
1. Gegenstand der Versicherung	3	C. Gemeinsame Bestimmungen für alle	
2. Leistungen	4	Versicherungsbranche	17
3. Ausschlüsse	6	I. Anzeigen und Willenserklärungen	17
4. Auszahlung der Leistung	6	II. Schadenmeldung und Obliegenheiten	17
II. Haftpflichtversicherung –		1. Unfallversicherung	17
ARAG Allgemeine Versicherungs-AG	7	2. Haftpflichtversicherung, Gewässerschaden-	
1. Gegenstand der Versicherung	7	Haftpflichtversicherung und Vermögensschaden-	
2. Besondere Vertragserweiterungen	7	Haftpflichtversicherung	17
3. Leistungen	8	3. Vertrauensschadenversicherung	17
4. Ausschlüsse	8	4. Reisegepäckversicherung	18
5. Versicherungssummen	9	5. Rechtsschutzversicherung	18
III. Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung –		6. Krankenversicherung	18
ARAG Allgemeine Versicherungs-AG	10	III. Folgen von Obliegenheitsverletzungen	
1. Gegenstand der Versicherung	10	(alle Versicherungsbranche)	18
2. Rettungskosten	10	IV. Verjährungsfrist, Gerichtsstand, nationales Recht und Sprache	19
3. Nicht versicherte Tatbestände	10	D. Wichtige Zusatzversicherungen	20
4. Versicherungssummen	10	E. Hinweise für den Schadenfall	22
IV. Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung –			
ARAG Allgemeine Versicherungs-AG	10		
1. Gegenstand der Versicherung	10		
2. Leistungen	10		
3. Ausschlüsse	11		
4. Versicherungssummen	11		
V. Vertrauensschadenversicherung –			
ARAG Allgemeine Versicherungs-AG	11		
1. Gegenstand der Versicherung	11		
2. Umfang des Versicherungsschutzes	11		
3. Leistungen	12		
4. Ausschlüsse	12		
5. Erlöschen des Versicherungsschutzes	12		
6. Empfehlung	12		
VI. Reisegepäckversicherung –			
ARAG Allgemeine Versicherungs-AG	12		
1. Gegenstand der Versicherung – Versicherte Sachen	12		
2. Leistungen – Versicherte Gefahren und Schäden	12		
3. Versicherungssumme	14		
VII. Rechtsschutzversicherung –			
ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG	14		
1. Gegenstand der Versicherung	14		
2. Inhalt des Versicherungsschutzes	14		
3. Allgemeine Risikoausschlüsse	14		
4. Eintritt des Versicherungsfalles	15		
5. Leistungsumfang	15		
6. Versicherungssumme; Strafkautions; Selbstbeteiligung	15		
7. Örtlicher Geltungsbereich	16		
8. Benennung und Beauftragung des Rechtsanwaltes	16		
9. Prüfung der Erfolgsaussichten	16		
10. Abtretung, Erstattung von Kosten und Versicherungsleistungen	16		

Wir empfehlen den Vereinsvorständen dringend, die gültigen Bestimmungen allen Mitgliedern in den Vereinszeitungen, durch Rundschreiben und in Versammlungen bekanntzugeben.

Die Bestimmungen in diesem Merkblatt entsprechen dem Stand 1. Januar 2009.

Soweit Änderungen zu den Bestimmungen des Sportversicherungsvertrages eintreten, erfolgt die Bekanntgabe jeweils im Nachrichtenorgan des Isb h.

Neben dem Ihnen wie gewohnt „persönlich“ zur Verfügung stehenden Versicherungsbüro beim Landessportbund Hessen e.V. (Isb h) gibt es für Sie das „**Versicherungsbüro online**“!

Hier finden Sie alles zum Thema Sportversicherung, Schadenanzeigen, Versicherungsanträge und Merkblätter und das rund um die Uhr. Im Versicherungsbüro online können Sie u.a. Sportschadenanzeigen ausfüllen und Zusatzversicherungen beantragen. Das Merkblatt zur Sportversicherung kann eingesehen, ausgedruckt und heruntergeladen werden. Zusätzlich finden Sie Antworten auf häufig gestellte Fragen zum Sportversicherungsvertrag und das **ABC zur Sportversicherung**.

Sie gelangen über die Internetseite Ihres Landessportbundes oder über **www.ARAG-Sport.de zu ARAG-Sport24**, dem Versicherungsbüro online.

A. Versicherte Organisationen und Personen

Sofern in den folgenden Abschnitten B. bis D. von „Versicherten“ gesprochen wird, so sind damit sowohl die versicherten Organisationen gemäß Ziffer I. 1. als auch die versicherten Personen gemäß Ziffer II. 1. gemeint.

I. Versicherungsschutz für den Isb h und seine Organisationen

- Der Versicherungsschutz gilt für den Landessportbund Hessen e.V. (Isb h), die Verbände, Sportkreise und Vereine (Organisationen im Isb h). Der Versicherungsschutz für die Organisationen im Isb h gilt, wenn und solange sie ordentliches Mitglied im Isb h bzw. Fachverband sind; er besteht im In- und Ausland, sofern im Abschnitt B. – Versicherungszweige – nichts anderes bestimmt ist.
- Versichert ist die Durchführung des satzungsgemäßen Verbands- bzw. Vereinsbetriebes und in diesem Rahmen die Veranstaltung und Ausrichtung aller Veranstaltungen und Unternehmungen des Isb h oder einer Organisation im Isb h einschließlich der Vorbereitung und Abwicklung.
- Mitversichert sind
 - Veranstaltungen und Unternehmungen des Isb h oder einer Organisation im Isb h, die gemeinsam mit anderen, nicht kommerziellen Verbänden und Vereinen sowie dem Bund, Land oder einer Kommune durchgeführt werden;
 - Veranstaltungen und Unternehmungen von Spiel- und Sportgemeinschaften, die von Organisationen im Isb h gebildet werden.
- Nicht versichert sind
 - die Ausrichtung internationaler Veranstaltungen (z.B. Welt- oder Europameisterschaften) oder Deutscher Meisterschaften für einen Spitzenfachverband;
 - gewerbliche Unternehmen oder gewerbliche Nebenbetriebe, sofern sie nicht kurzfristig bei der Durchführung versicherter Veranstaltungen betrieben werden. Vereinsgaststätten in eigener Regie gelten nicht als Gewerbebetriebe.

II. Versicherungsschutz für die Mitglieder und Mitarbeiter des Isb h und der Organisationen im Isb h

- Versicherte Personen sind
 - alle aktiven und passiven Mitglieder der Organisationen im Isb h;
 - alle Funktionäre. Als Funktionäre in diesem Sinne gelten alle Mitglieder, die den satzungsgemäß bestimmten Organen des Isb h oder einer Organisation im Isb h angehören sowie auch andere Mitglieder, die durch den Vorstand ihres Vereins, des Isb h oder einer Organisation im Isb h ständig oder vorübergehend mit der Wahrnehmung bestimmter Funktionen im Rahmen der Aufgaben des Isb h oder einer Organisation im Isb h beauftragt sind;
 - alle Übungsleiter, Turn- bzw. Sportlehrer und Trainer, ferner die Schieds-, Kampf- und Zielrichter;
 - alle Angestellten und Arbeiter, Mitarbeiter gegen Vergütung sowie Lizenzspieler;
 - alle vom Isb h oder einer Organisation zur Durchführung versicherter Veranstaltungen beauftragten Helfer, auch soweit es Nichtmitglieder sind.

In der Vertrauensschaden-Versicherung gemäß Abschnitt B. V. gilt der Versicherungsschutz für Mitglieder der Organe, Kassierer und hauptberuflich Angestellte.

- Kein Versicherungsschutz besteht für:
 - Nichtmitglieder (ausgenommen Abschnitt A. II. Ziffer 1.5).

Die Teilnahme an der Vorbereitung auf das Deutsche Sportabzeichen einschließlich der Abnahme, an G.U.T.-Kursen und am Projekt MUMM50 ist jedoch versichert – siehe dazu D. I.;
 - Mitglieder, bei deren Eintritt in den Verein bereits feststeht, dass die Mitgliedschaft nur kurzfristig – unter 12 Monate – bestehen wird (Zeitmitgliedschaften);
 - Berufssportler (Lizenzspieler gelten nicht als Berufssportler in diesem Sinne).
- Versicherungsschutz besteht bei der Teilnahme an allen nach Abschnitt A. I. versicherten Veranstaltungen des Isb h und einer Organisation im Isb h; bei Veranstaltungen außerhalb des Isb h im In- und Ausland jedoch nur, wenn für die Teilnahme ein offizieller Auftrag des Isb h oder einer Organisation vorlag.

4. Darüber hinaus besteht Versicherungsschutz

- für sämtliche sportlichen Aktivitäten auf Sportanlagen (z.B. eigene oder fremde Sportplätze, Sporthallen, Schwimmbäder), die der Verein seinen Mitgliedern für die Sportausübung zur Verfügung stellt, und zwar während des üblichen Sportbetriebes des Vereins;
- für Einzelunternehmungen von Mitgliedern in der für sie zuständigen Spezialabteilung, z.B. Sondertraining von Leistungssportlern, Segelfahrten bei Segelvereinen, Ausritten bei Reiterabteilungen, sofern diese Einzelunternehmungen ausdrücklich angeordnet worden sind. Unter diesen Versicherungsschutz fallen nur solche Schadenfälle, die vom Isb h, zuständigen Fachverband oder Verein als bei angeordneten Einzelunternehmungen eingetreten bestätigt werden;
- bei der Teilnahme an allen Veranstaltungen des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) oder eines deutschen Spitzenfachverbandes, wenn für die Teilnahme ein offizieller Auftrag des DOSB oder des Spitzenfachverbandes vorlag;
- für Versicherungsfälle, die Mitgliedern als Zuschauer an versicherten Veranstaltungen im Bereich des Isb h zustoßen. Bei Veranstaltungen außerhalb des Isb h besteht der Versicherungsschutz nur für Veranstaltungen, für die der eigene Verein offiziell eine Mannschaft, eine Riege oder Einzelsportler gemeldet hat.

Der Versicherungsschutz als Zuschauer beginnt mit dem Betreten der Sportstätte oder der sonstigen für die Veranstaltung bestimmten Räumlichkeiten; er endet beim Verlassen derselben. Hat der Verein offiziell eine Mannschaft, eine Riege oder Einzelsportler gemeldet, so besteht Versicherungsschutz auch auf dem direkten Wege zu und von der Sportveranstaltung gemäß Ziffer 5.;

- bei der Mitarbeit an Bauobjekten oder sonstigen Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten des Vereins sowie bei Wassersportvereinen einschl. des Auf- und Abslippens von Booten.

5. Wegerisiko

- Versicherungsfälle auf dem direkten Wege zu und von den versicherten Veranstaltungen, Unternehmungen und Tätigkeiten sind mitversichert, sofern keine abweichende Regelung vereinbart ist.
- Der Versicherungsschutz beginnt jeweils mit dem Verlassen der Wohnung und reicht bis zur Rückkehr in die Wohnung. Wird der direkte Weg zu einer Veranstaltung nicht von der Wohnung aus angetreten, sondern z.B. von der Arbeitsstätte aus, so gilt dieser Abschnitt sinngemäß. Das gleiche gilt für den Rückweg.
- Bei Unterbrechungen des direkten Weges besteht nur für die Dauer der Unterbrechung kein Versicherungsschutz, es sei denn, dass der zeitliche und räumliche Zusammenhang mit der Veranstaltung gewahrt ist. Sobald der reguläre Weg fortgesetzt wird, besteht wieder Versicherungsschutz.
- Versicherungsfälle am auswärtigen Aufenthaltsort sind mitversichert. Private Aufenthaltsverlängerungen fallen nicht unter den Versicherungsschutz. Wird die Anreise früher oder die Abreise später angetreten als es die Veranstaltung notwendig macht, so besteht Versicherungsschutz nur während der Veranstaltung und auf dem direkten Wege zu und von der Veranstaltung.

- Nicht versichert ist die Ausübung des Berufs der Mitglieder, auch wenn die Ausübung für den Isb h oder eine Organisation im Isb h erfolgt, sofern es sich nicht um Versicherte gemäß Abschnitt A. II. 1.3 und 1.4 handelt. Maßgebend ist die Tätigkeit, die zum Zeitpunkt des Schadeneintritts ausgeübt wurde.

B. Versicherungszweige

I. Unfallversicherung

ARAG Allgemeine Versicherungs-AG

1. Gegenstand der Versicherung

- Die Versicherten haben Versicherungsschutz im Rahmen dieser vertraglichen Bestimmungen gegen die wirtschaftlichen Folgen körperlicher Unfälle.

Ein Unfall liegt vor, wenn die versicherte Person durch ein plötzlich von außen auf ihren Körper wirkendes Ereignis (Unfallereignis) unfreiwillig eine Gesundheitsschädigung erleidet.

- Für aktive Sportler, Trainer, Übungsleiter, Turn- und Sportlehrer, Funktionäre, Kampf-, Schieds- und Zielrichter gelten folgende Leistungsverbesserungen:

- 1.2.1 In Erweiterung von Ziffer 3.12 fallen Bauch- und Unterleibsbrüche unter den Versicherungsschutz, wenn sie bei einer sportlichen Tätigkeit entstanden und sofort nach dem Eintritt gemeldet worden sind.
- 1.2.2 Mitversichert sind auch Gesundheitsschäden und Todesfälle beim Baden und Schwimmen, durch Sonnenstich, sonstige Licht-, Temperatur- oder Witterungseinflüsse, auch wenn sie keine Folgen eines Unfalles sind.
- 1.2.3 Unter den Versicherungsschutz fallen alle Verrenkungen, Zerrungen und Zerreißen.
- 1.2.4 Die ARAG verzichtet in Abänderung von Ziffer 4.4 darauf, die Leistungen zu kürzen, wenn bei den Unfallfolgen an Gliedmaßen Krankheiten oder Gebrechen mitgewirkt haben. Dies bezieht sich im Besonderen auf den Einwand der degenerativen Mitwirkung.
- 1.3 Unfälle von dauernd Schwer- oder Schwerstpflegebedürftigen im Sinne der sozialen Pflegeversicherung (§§ 14, 15 Sozialgesetzbuch XI) und geistig Behinderten sind ausschließlich mit den folgenden Leistungen versichert:
- 1.3.1 Für den Todesfall gelten die Leistungen gemäß Ziffer 2.1 mit Ausnahme von Todesfällen gemäß Ziffer 2.1.2.
- 1.3.2 Für den Invaliditätsfall gelten die Leistungen gemäß Ziffer 2.2, soweit der Invaliditätsgrad nach 2.2.3.1 (Gliedertaxe) zu bemessen ist.
- Als Unfall gilt auch, wenn durch eine erhöhte Kraftanstrengung an Gliedmaßen oder Wirbelsäule
- 1.3.2.1 ein Gelenk verrenkt wird oder
- 1.3.2.2 Muskeln, Sehnen, Bänder oder Kapseln gezerrt oder zerrissen werden.
- 1.3.3 Für das Reha-Management gelten die Leistungen gemäß Ziffer 2.4.
- 1.3.4 Für Serviceleistungen gelten die Leistungen gemäß Ziffer 2.5.
- Ausgeschlossen vom Versicherungsschutz sind Unfälle von geistig Behinderten, die diese infolge der geistigen Behinderung erleiden.

2. Leistungen

2.1 Todesfall

- 2.1.1 Führt der Unfall des Versicherten innerhalb eines Jahres zum Tode, so entsteht Anspruch auf Leistung nach der für den Todesfall versicherten Summe in Höhe von
- € 2.500,- für Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr
- € 4.000,- für Jugendliche ab dem vollendeten 14. Lebensjahr
- € 5.000,- für ledige Erwachsene ab dem vollendeten 18. Lebensjahr
- € 8.000,- für Verheiratete
- Die Versicherungssummen für den Todesfall erhöhen sich um
- € 1.100,- für jedes versorgungspflichtige Kind.
- 2.1.2 Mitversichert sind auch Todesfälle von Versicherten, die unmittelbare Folge eines auf der Sportstätte bei der aktiven Teilnahme an Wettkampf oder Training erlittenen körperlichen Zusammenbruchs sind. Bei derartigen Todesfällen beträgt die Leistung 50% der Todesfallentschädigung gemäß Ziffer 2.1.1.

2.2 Invaliditätsfall

- 2.2.1 Führt der Unfall zu einer dauernden Beeinträchtigung der körperlichen oder geistigen Leistungsfähigkeit (Invalidität) des Versicherten, so entsteht Anspruch auf Kapitalleistung aus der für den Invaliditätsfall versicherten Grundsumme in Höhe von € 50.000,-.
- Die Invaliditätsentschädigung für einen nach Ziffern 2.2.2 bis 2.2.4 festgestellten Invaliditätsgrad wird wie folgt entschädigt:
- Bei einem Invaliditätsgrad
- ab 20% erfolgt die Leistung nach der Feststellung,
- über 25% wird der 25% übersteigende Satz zweifach,
- über 50% wird der 50% übersteigende Satz dreifach entschädigt.
- Ab einem Invaliditätsgrad von 75% wird die Höchstleistung in Höhe von € 150.000,- gezahlt.

- 2.2.2 Die Invalidität muss innerhalb eines Jahres nach dem Unfall eingetreten sowie spätestens vor Ablauf einer Frist von weiteren drei Monaten von einem Arzt schriftlich festgestellt und vom Versicherten geltend gemacht sein.

Die Versäumung dieser Frist von 15 Monaten nach einem Unfall zur Anmeldung eines Invaliditätsanspruches führt nicht zum Untergang des Anspruches, sondern wird wie eine Obliegenheitsverletzung behandelt, wenn die Meldung innerhalb weiterer 15 Monate (insgesamt somit 30 Monate) erfolgt. Nach Ablauf dieser Frist erlischt der Anspruch auf Invaliditätsleistung. Die Frist wird bei Kindern und Jugendlichen über die 30 Monate hinaus bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, höchstens jedoch 60 Monate, verlängert.

- 2.2.3 Die Grundlage für die Berechnung der Leistung bilden die Versicherungssumme und der Grad der unfallbedingten Invalidität.

- 2.2.3.1 Bei Verlust oder völliger Funktionsunfähigkeit der folgenden Körperteile und Sinnesorgane gelten ausschließlich diese Invaliditätsgrade:

Arm	70 Prozent
Arm bis oberhalb des Ellenbogengelenks	65 Prozent
Arm unterhalb des Ellenbogengelenks	60 Prozent
Hand	55 Prozent
Daumen	20 Prozent
Zeigefinger	10 Prozent
anderer Finger	5 Prozent
Bein über der Mitte des Oberschenkels	70 Prozent
Bein bis zur Mitte des Oberschenkels	60 Prozent
Bein bis unterhalb des Knies	50 Prozent
Bein bis zur Mitte des Unterschenkels	45 Prozent
Fuß	40 Prozent
große Zehe	5 Prozent
andere Zehe	2 Prozent
Auge	50 Prozent
Gehör auf einem Ohr	30 Prozent
Geruchssinn	10 Prozent
Geschmackssinn	5 Prozent

Bei Teilverlust oder teilweiser Funktionsbeeinträchtigung gilt der entsprechende Teil des jeweiligen Prozentsatzes.

- 2.2.3.2 Für andere Körperteile und Sinnesorgane bemisst sich der Invaliditätsgrad danach, inwieweit die normale körperliche oder geistige Leistungsfähigkeit insgesamt beeinträchtigt ist. Dabei sind ausschließlich medizinische Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

- 2.2.3.3 Sind durch den Unfall mehrere körperliche oder geistige Funktionen verloren gegangen oder beeinträchtigt, so werden die Invaliditätsgrade, die sich nach Ziffer 2.2.3.1 und 2.2.3.2 ergeben, bis zu einem Grenzwert von 100 Prozent zusammengerechnet.

- 2.2.3.4 Bei Teilinvalidität wird eine Entschädigung nur dann gezahlt, wenn der festgestellte Invaliditätsgrad 20% und mehr beträgt.

- 2.2.4 Waren betroffene Körperteile oder Sinnesorgane oder deren Funktionen bereits vor dem Unfall dauernd beeinträchtigt, wird der Grad der Gesamtinvalidität um den Grad der Vorinvalidität gemindert. Als Vorinvalidität gelten der Verlust oder die völlige Funktionsunfähigkeit sowie der teilweise Verlust oder die teilweise Funktionsunfähigkeit des Körperteils bzw. Sinnesorgans. Die Vorinvalidität ist nach Ziffer 2.2.3 zu bemessen.

- 2.2.5 Tritt der Tod unfallbedingt innerhalb von 12 Monaten nach dem Unfall ein, so besteht kein Anspruch auf Invaliditätsleistung.

- 2.2.6 Stirbt die versicherte Person aus unfallfremder Ursache innerhalb von 12 Monaten nach dem Unfall oder – gleichgültig, aus welcher Ursache – später als ein Jahr nach dem Unfall und war ein Anspruch auf Invaliditätsleistung nach Ziffer 2.2.3 entstanden, so ist nach dem Invaliditätsgrad zu leisten, mit dem aufgrund der zuletzt erhobenen ärztlichen Befunde zu rechnen gewesen wäre.

2.3 Übergangsleistung

2.3.1 Besteht nach Ablauf von 6 Monaten seit Eintritt des Unfalles ohne Mitwirkung von Krankheiten oder Gebrechen noch eine unfallbedingte Beeinträchtigung der normalen körperlichen oder geistigen Leistungsfähigkeit von mehr als 50% und hat diese Beeinträchtigung bis dahin ununterbrochen bestanden, so wird eine Übergangsleistung in Höhe von € 2.500,- gezahlt.

Besteht nach Ablauf von 9 Monaten seit Eintritt des Unfalles ohne Mitwirkung von Krankheiten oder Gebrechen noch eine unfallbedingte Beeinträchtigung der normalen körperlichen oder geistigen Leistungsfähigkeit von mehr als 50% und hat diese Beeinträchtigung bis dahin ununterbrochen bestanden, so wird eine zusätzliche Übergangsleistung in Höhe von € 2.500,- gezahlt.

2.3.2 Der Versicherte hat einen Anspruch auf Zahlung der ersten Übergangsleistung spätestens 7 Monate, der weiteren Übergangsleistung spätestens 10 Monate nach Eintritt des Unfalles geltend zu machen und unter Vorlage eines ärztlichen Attestes zu begründen.

2.4 Reha-Management

Besteht gemäß Abschnitt B. I. 1. ein versicherter Unfall, so wird ab einem zu erwartenden Invaliditätsgrad von 75% ein Reha-Management als Serviceleistung angeboten. Ziel des Reha-Managements ist es, den Verunfallten möglichst schnell in ein soziales und berufliches Umfeld zurückzuführen, das ihm eine den Verhältnissen entsprechende Lebensqualität bietet. Diese Serviceleistung wird von der ARAG in Kooperation mit der GenRe Rehadienst GmbH in Köln erbracht.

Das Reha-Management übernimmt die Organisation, nicht jedoch die Kosten für die Reha-Maßnahme selbst. Es werden nur Maßnahmen empfohlen, deren Kosten entweder von einem Leistungsträger (Krankenversicherung, Berufsgenossenschaft usw.) übernommen oder die von Leistungen (z.B. der fälligen Invaliditätsentschädigung) finanziert werden können. Die Versicherungssumme für Reha-Management-Kosten beträgt € 15.500,-.

Die versicherte Person kann frei entscheiden, ob sie alle Leistungen, nur Teilleistungen oder keine Leistung des Reha-Managements in Anspruch nimmt. Es besteht keine Pflicht zur Inanspruchnahme. Die ARAG Sportversicherung entscheidet im Einzelfall über die Vergabe der Serviceleistung an den Verunfallten.

Das Reha-Management bietet folgende Leistungen:

2.4.1 Die medizinische Rehabilitation

In Absprache mit allen Beteiligten – dazu zählen neben dem Verletzten selbst die Familie, die Ärzte, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen – wird ein Gesamt-Rehabilitationsplan erstellt. Das Leistungsspektrum umfasst zudem Empfehlungen über besondere Heilverfahren und bestmögliche Therapien. Das Reha-Management kümmert sich auch um die Vermittlung von Spezialkliniken und ambulanten Therapien bis hin zur Terminvereinbarung für stationäre Aufenthalte und steht bei Anschluss-therapien dem Verletzten unterstützend zur Seite.

Bei Unfällen von Kindern soll neben der Optimierung der Akutbehandlung und der Sicherstellung geeigneter Pflegemethoden vor allem die notwendige Förderung der geistigen und körperlichen Entwicklung unterstützt werden.

2.4.2 Das berufliche Reha-Management

Eng verzahnt mit der medizinischen ist die berufliche Rehabilitation. Die Situation ist derzeit, dass die Reha- und Arbeitsberater der gesetzlichen Träger häufig überlastet sind; es fehlt an Personal, um aktive Vermittlung durchführen zu können. Die geringe Zahl von Ausbildungsplätzen und Umschulungsmaßnahmen in nicht mehr marktgerechten Berufen erschweren häufig eine berufliche Wiedereingliederung der Verletzten. Lange Wartezeiten, finanzielle Unsicherheit und der Verlust der vorhandenen beruflichen Qualifikation führen zu einem Motivationsverlust und steigern zwangsläufig das Rentenbegehren.

Das berufliche Reha-Management berät die Verletzten vor Ort und unterstützt sie bei der Lösung der beruflichen Probleme. Im Vordergrund steht dabei die Erhaltung des bisherigen Arbeitsplatzes, bei Bedarf die Suche eines neuen Arbeitsplatzes und bei Eignung die Förderung einer selbstständigen Tätigkeit. Die individuellen Bedürf-

nisse und Fähigkeiten werden berücksichtigt und der Verletzte während der Einarbeitungs- und Umschulungsphase kontinuierlich begleitet.

2.4.3 Das Pflege-Management

Erfahrene Pflegekräfte und medizinische Berater des Pflege-Managements klären in professionellen Gutachten den Pflegeumfang, die Bereiche Grundpflege, Behandlungspflege, aktivierende Pflege und Betreuungspflege. Bei Bedarf wird eine Neuorganisation der Pflegesituation empfohlen. Hierzu gehört auch die Beschaffung angestellter Pflege- bzw. Pflegefachkräfte, die Vermittlung von Pflegeinstitutionen mit entsprechenden Kostenvergleichen, Pflegehilfsmittelversorgung sowie Hinweise zu Sonderpflegeeinrichtungen für Schwerstverletzte.

2.4.4 Das soziale Reha-Management

Die soziale Rehabilitation ist von großer psychologischer Bedeutung und trägt entscheidend zum Gesamterfolg aller Rehabilitationsmaßnahmen bei. Der Verletzte soll umfassend dabei unterstützt werden, aus seiner durch die Behinderung oft hervorgerufenen Isolation herauszukommen und Aktivitäten selbstständig aufzunehmen.

Im Vordergrund stehen Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, der technischen Situation am Arbeitsplatz und der Erhöhung der Mobilität des Verletzten. Das Reha-Management berät mit Ingenieuren und Architekten über behindertengerechtes Bauen sowohl im Bereich von Umbauten als auch bei Neuplanungen. Der Bedarf und die notwendigen Kosten werden in Gutachten geplant.

Die Beratung über die vielfältigen technischen Hilfsmittel am Arbeitsplatz kann die Chance auf berufliche Rehabilitation deutlich erhöhen.

Reha-Berater und Kfz-Sachverständige beraten über geeignete Mobilitätshilfen wie Rollstühle und umgebaute Kraftfahrzeuge, prüfen die Angebote, bewerten die Qualität, untersuchen die Einsatzmöglichkeiten, ermöglichen die Nutzung von Sonderkonditionen des Anbieters und geben Unterstützung bei der Beschaffung.

Kontakte zu Sportvereinen und Selbsthilfegruppen sollen die Einbindung des Verletzten in das sportliche Umfeld und die Reintegration in den eigenen Verein unterstützen. Auch hier steht die Beratung über die individuellen Möglichkeiten im Vordergrund, zu der auch die Beratung über die behindertengerechte Gestaltung eines sinnvollen Urlaubes und die Vermittlung geeigneter Reiseveranstalter gehört.

2.5 Serviceleistungen

Hat die versicherte Person einen unter den Versicherungsschutz fallenden Unfall erlitten, erbringt die ARAG die unter 2.5.1 – 2.5.6 genannten Leistungen als Service oder als Ersatz für aufgewandte Kosten bis zur Höhe von € 3.000,- je Schadenfall:

2.5.1 Ersatz der Kosten für Such-, Rettungs- oder Bergungseinsätze von öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich organisierten Rettungsdiensten, soweit hierfür üblicherweise Gebühren berechnet werden; diese Kosten werden auch dann ersetzt, wenn der Unfall unmittelbar drohte oder nach den konkreten Umständen zu vermuten war;

2.5.2 soweit möglich, benennt die ARAG auf einer Reise im Ausland einen englisch oder deutsch sprechenden Arzt sowie Spezialkliniken und stellt, soweit erforderlich, den Kontakt zwischen dem Hausarzt der versicherten Person und dem behandelnden Arzt oder Krankenhaus her;

2.5.3 Ersatz der Kosten für den Transport der verletzten Person zum Krankenhaus oder zur Spezialklinik, soweit medizinisch notwendig und ärztlich angeordnet;

2.5.4 Ersatz des Mehraufwandes bei der Rückkehr der verletzten Person zu ihrem ständigen Wohnsitz, soweit die Mehrkosten auf ärztliche Anordnung zurückgehen oder nach der Verletzungsart unvermeidbar waren; zusätzlich Ersatz der Heimfahrt- oder Übernachtungskosten bei einem Unfall im Ausland für mitreisende minderjährige Kinder und den mitreisenden Lebenspartner der versicherten Person; die Rückkehr- oder Heimfahrkosten werden bei einfacher Entfernung unter 1000 Bahnkilometer bis zur Höhe der Bahnkosten 1. Klasse einschließlich Zuschlägen, bei größerer Entfernung bis zur Höhe der Kosten eines Linienfluges (economy class) sowie für

nachgewiesene Taxifahrten bis zu € 50,- erstattet; für Übernachtungskosten werden höchstens € 75,- je Übernachtung und Person bezahlt; für Mitreisende beschränkt sich diese Leistung auf drei Übernachtungen;

- 2.5.5 bei einem unfallbedingten Todesfall im Inland Ersatz der Kosten für die Überführung zum letzten ständigen Wohnsitz; bei einem unfallbedingten Todesfall im Ausland sorgt die ARAG – nach Abstimmung mit den Angehörigen – für die Bestattung im Ausland oder die Überführung zum letzten ständigen Wohnsitz;
- 2.5.6 Benennung einer Haushaltshilfe. Die Kosten der Haushaltshilfe zahlt die ARAG nicht; für ihre Leistung übernimmt die ARAG keine Haftung.

Bestehen für die versicherten Kostenarten nach Abschnitt 2.5.1 – 2.5.6 weitere Versicherungen bei anderen Versicherern, werden Kosten im Rahmen dieser Unfallversicherung nur insoweit erstattet, als die anderen Versicherer ihre vertraglichen oder gesetzlichen Leistungen voll erfüllt haben und diese zur Deckung der entstandenen Kosten nicht ausgereicht haben. Sind die anderen Versicherer leistungsfrei oder bestreiten sie ihre Leistungspflicht, so kann sich die versicherte Person unmittelbar an die ARAG wenden.

2.6 Krankenhaus-Tagegeld

- 2.6.1 Krankenhaus-Tagegeld wird gezahlt, wenn die versicherte Person sich wegen eines versicherten Unfalles in medizinisch notwendiger stationärer Heilbehandlung befindet. Krankenhaustagegeld entfällt bei einem Aufenthalt in Sanatorien, Erholungsheimen und Kuranstalten.
- 2.6.2 Das Krankenhaus-Tagegeld in Höhe von € 10,- wird für jeden Kalendertag der stationären Behandlung gezahlt, längstens jedoch für zwei Jahre, vom Unfalltag an gerechnet.

3. Ausschlüsse

Nicht unter den Versicherungsschutz fallen:

- 3.1 Unfälle durch Geistes- oder Bewusstseinsstörungen, die auf Trunkenheit beruhen, sowie durch Schlaganfälle.

Versicherungsschutz besteht jedoch, wenn diese Störungen oder Anfälle durch ein unter diesen Vertrag fallendes Unfallereignis verursacht waren.

- 3.2 Unfälle, die dem Versicherten dadurch zustoßen, dass er vorsätzlich eine Straftat ausführt oder versucht.

- 3.3 Unfälle, die unmittelbar oder mittelbar durch Kriegs- oder Bürgerkriegsereignisse verursacht sind.

Versicherungsschutz besteht jedoch, wenn die versicherte Person auf Reisen im Ausland überraschend von Kriegs- oder Bürgerkriegsereignissen betroffen wird.

Dieser Versicherungsschutz erlischt am Ende des 14. Tages nach Beginn eines Krieges oder Bürgerkrieges auf dem Gebiet des Staates, in dem sich die versicherte Person aufhält.

Die Erweiterung gilt nicht bei Reisen in oder durch Staaten, auf deren Gebiet bereits Krieg oder Bürgerkrieg herrscht und für die aktive Teilnahme am Krieg oder Bürgerkrieg.

- 3.4 Unfälle, die dem Versicherten dadurch zustoßen, dass er sich als Fahrer, Beifahrer oder Insasse eines Motorfahrzeuges an Fahrtveranstaltungen einschließlich der dazugehörigen Übungsfahrten beteiligt, bei denen es auf die Erzielung von Höchstgeschwindigkeiten ankommt.

- 3.5 Schäden an Bandscheiben sowie Blutungen aus inneren Organen und Gehirnblutungen. Versicherungsschutz besteht jedoch, wenn ein unter diesen Vertrag fallendes Unfallereignis die überwiegende Ursache ist.

- 3.6 Unfälle, die unmittelbar oder mittelbar durch Kernenergie verursacht sind.

- 3.7 Gesundheitsschädigungen durch Strahlen.

- 3.8 Gesundheitsschädigungen durch Heilmaßnahmen oder Eingriffe, die die versicherte Person an ihrem Körper vornimmt oder vornehmen lässt. Versicherungsschutz besteht jedoch, wenn die Eingriffe oder Heilmaßnahmen, auch strahlendiagnostische und therapeutische, durch einen unter diesen Vertrag fallenden Unfall veranlasst waren.

- 3.9 Infektionen, wenn sie

3.9.1 durch Insektenstiche oder -bisse oder

3.9.2 durch sonstige geringfügige Haut- oder Schleimhautverletzungen verursacht wurden, durch die Krankheitserreger sofort oder später in den Körper gelangten.

Versicherungsschutz besteht jedoch für

3.9.3 Tollwut und Wundstarrkrampf sowie für

3.9.4 Infektionen, bei denen die Krankheitserreger durch Unfallverletzungen, die nicht nach dieser Ziffer ausgeschlossen sind, in den Körper gelangten.

- 3.10 Infektionen, die durch Heilmaßnahmen oder Eingriffe verursacht sind. Es gilt jedoch Ziffer 3.8 Satz 2 entsprechend.

- 3.11 Vergiftungen infolge Einnahme fester oder flüssiger Stoffe durch den Schlund.

Versicherungsschutz besteht jedoch für Kinder, die zum Zeitpunkt des Unfalles das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Ausgeschlossen bleiben Vergiftungen durch Nahrungs-mittel.

- 3.12 Bauch- oder Unterleibsbrüche. Versicherungsschutz besteht über den Einschluss gemäß Ziffer 1.2.1 hinaus jedoch, wenn sie durch eine unter diesen Vertrag fallende gewaltsame von außen kommende Einwirkung entstanden sind.

- 3.13 Krankhafte Störungen infolge psychischer Reaktionen, gleichgültig, wodurch diese verursacht sind.

4. Auszahlung der Leistung

- 4.1 Die ARAG ist verpflichtet, innerhalb eines Monats, beim Invaliditätsanspruch innerhalb von drei Monaten, in Textform zu erklären, ob und in welchem Umfang sie einen Anspruch anerkennt.

Die Fristen beginnen mit dem Eingang folgender Unterlagen:

4.1.1 Nachweis des Unfallhergangs und der Unfallfolgen,

4.1.2 beim Invaliditätsanspruch zusätzlich der Nachweis über den Abschluss des Heilverfahrens, soweit es für die Bemessung der Invalidität notwendig ist.

Die notwendigen ärztlichen Gebühren, die dem Versicherten zur Begründung des Leistungsanspruchs entstehen, übernimmt die ARAG in voller Höhe.

- 4.2 Erkennt die ARAG den Anspruch an oder hat sie sich mit dem Versicherten über Grund und Höhe geeinigt, leistet die ARAG innerhalb von zwei Wochen.

Steht die Leistungspflicht zunächst nur dem Grunde nach fest, wird auf Wunsch des Versicherten ein angemessener Vorschuss gezahlt.

Vor Abschluss des Heilverfahrens kann eine Invaliditätsleistung innerhalb eines Jahres nach dem Unfall nur bis zur Höhe einer vereinbarten Todesfallsumme beansprucht werden.

- 4.3 Die versicherte Person und die ARAG sind berechtigt, den Grad der Invalidität jährlich, längstens bis zu drei Jahren nach dem Unfall, erneut ärztlich bemessen zu lassen. Bei Kindern bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres verlängert sich diese Frist von drei auf fünf Jahre, jedoch nicht über das 18. Lebensjahr hinaus.

Dieses Recht muss

4.3.1 von der ARAG zusammen mit der Erklärung über die Leistungspflicht nach Ziffer 4.1,

4.3.2 vom Versicherten vor Ablauf der Frist

ausgeübt werden.

Ergibt die endgültige Bemessung eine höhere Invaliditätsleistung, als die ARAG bereits erbracht hat, ist der Mehrbetrag mit 5 % jährlich zu verzinsen.

- 4.4 Als Unfallversicherer leistet die ARAG für Unfallfolgen. Haben Krankheiten oder Gebrechen bei der durch ein Unfallereignis hervorgerufenen Gesundheitsschädigung oder deren Folgen mitgewirkt, mindert sich

4.4.1 im Falle einer Invalidität der Prozentsatz des Invaliditätsgrades,

4.4.2 im Todesfall und allen anderen Fällen die Leistung

entsprechend dem Anteil der Krankheit oder des Gebrechens. Beträgt der Mitwirkungsanteil weniger als 25 %, unterbleibt jedoch die Minderung.

II. Haftpflichtversicherung ARAG Allgemeine Versicherungs-AG

1. Gegenstand der Versicherung

Die ARAG Allgemeine gewährt den Versicherten Haftpflichtversicherungsschutz für die versicherten Veranstaltungen, Unternehmungen und Tätigkeiten für den Fall, dass sie wegen eines Schadenereignisses, das den Tod, die Verletzung oder Gesundheitsschädigung von Menschen (Personenschaden) oder die Beschädigung oder Vernichtung von Sachen (Sachschaden) zur Folge hat, für diese Folgen aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen privatrechtlichen Inhalts von einem Dritten auf Schadenersatz in Anspruch genommen werden.

2. Besondere Vertragserweiterungen

2.1 Haus- und Grundbesitz

- 2.1.1 Versichert ist auch die gesetzliche Haftpflicht als Eigentümer, Vermieter, Verpächter, Mieter, Pächter, Nutznießer von Grundstücken, Gebäuden, Räumlichkeiten und Einrichtungen, die dem üblichen und gewöhnlichen Verbands- bzw. Vereinsbetrieb dienen (z.B. Turnhallen, Turn- und Sportplätze, Schwimmanlagen, Kegelbahnen, Sportschulen, Heime, Restaurationsbetriebe in eigener Regie, Büroräume, Garagen, Tribünen). Mitversichert ist die gesetzliche Haftpflicht für Schäden infolge Verstoßes gegen die in den vorgenannten Eigenschaften obliegenden Verpflichtungen (z.B. bauliche Instandhaltung, Beleuchtung, Reinigung, Bestreuung der Gehwege bei Winterglätte, Schneeräumen auf Bürgersteig und Fahrdamm).
- 2.1.2 Mitversichert ist auch das Risiko als früherer Besitzer aus § 836 Abs. 2 BGB, wenn die Versicherung bis zum Besitzwechsel bestanden hat.
- 2.1.3 Eingeschlossen ist die Verpflichtung, fremde Eigentümer von etwaigen gesetzlichen Haftpflichtansprüchen anspruchsberechtigter bzw. dritter Personen freizustellen, die im Zusammenhang mit der Benutzung der von fremden Eigentümern dem Isb h oder einer Organisation zu satzungsgemäßen Zwecken überlassenen Einrichtungen stehen. Diese Freistellung bezieht sich auch auf etwaige Prozesskosten.

2.2 Bauherrenrisiko

Versichert ist die gesetzliche Haftpflicht als Bauherr oder Unternehmer von Bauarbeiten (Neubauten, Umbauten, Reparaturen, Abbruch- und Grabearbeiten) auf den versicherten Grundstücken, wenn ihre Kosten im Einzelfall auf nicht mehr als € 260.000,- zu veranschlagen sind.

Empfehlung:

Wird der Betrag von € 260.000,- überschritten, besteht dennoch Versicherungsschutz, wenn durch gesonderte Anmeldung beim Versicherungsbüro lediglich die Differenz zwischen € 260.000,- und der tatsächlichen Bausumme nachversichert wird.

2.3 Tiere

Versichert ist die gesetzliche Haftpflicht des Isb h oder seiner Organisationen als Halter bzw. Hüter eigener Tiere.

2.4 Wasserfahrzeuge, Arbeitsmaschinen, Skilifte, Kräne und Slipanlagen

2.4.1 Wasserfahrzeuge

Versichert ist die gesetzliche Haftpflicht der versicherten Organisationen und der Mitglieder aus Besitz und Verwendung von eigenen Wasserfahrzeugen mit oder ohne Motor.

2.4.2 Arbeitsmaschinen

Versichert ist auch die gesetzliche Haftpflicht des Isb h oder einer Organisation im Isb h aus Besitz und Verwendung von eigenen, nicht zulassungspflichtigen, selbstfahrenden Arbeitsmaschinen bis zu einer Höchstgeschwindigkeit von 20 km/h und deren Anhänger, die ausschließlich zur Pflege von Sportanlagen eingesetzt werden. Der Versicherer ist von der Verpflichtung zur Leistung frei, wenn der Fahrer beim Eintritt des Versicherungsfalles auf öffentlichen Wegen und Plätzen nicht die vorgeschriebene Fahrerlaubnis hat.

2.4.3 Skilifte

Mitversichert ist die gesetzliche Haftpflicht aus der satzungsgemäßen Verwendung von maschinellen Aufstieghilfen (Skilifte) auf den versicherten Grundstücken für die Mitglieder.

2.4.4 Kräne und Slipanlagen

Mitversichert ist die gesetzliche Haftpflicht aus der satzungsgemäßen Verwendung von Kränen und Slipanlagen zum Auf- und Abklippen von Wasserfahrzeugen auf den versicherten Grundstücken. Nicht versichert sind Schadenfälle an diesen Wasserfahrzeugen.

2.5 Gegenseitige Ansprüche

Im Rahmen des durch diesen Vertrag bestimmten Deckungsumfangs wird Versicherungsschutz auch in folgenden Fällen gewährt:

Bei Ansprüchen

- 2.5.1 eines Mitgliedes gegen den Isb h oder eine Organisation des Isb h aus Personen- und Sachschäden;
- 2.5.2 eines Mitgliedes gegen einen Funktionär, eine Aufsichtsperson oder einen Helfer und umgekehrt aus Personen- und Sachschäden;
- 2.5.3 eines Mitgliedes gegen ein Mitglied einer Organisation des Isb h aus Sachschäden;
- 2.5.4 einer Organisation des Isb h gegen ein Mitglied einer anderen Organisation des Isb h aus Sachschäden;
- 2.5.5 einer Organisation des Isb h gegen eine andere Organisation des Isb h oder gegen den Isb h oder umgekehrt aus Sachschäden;
- 2.5.6 von Mitgliedern des Vorstandes oder der gesetzlichen Vertreter einer Organisation im Isb h gegen den Isb h oder eine Organisation im Isb h, wenn der Schaden durch einen Umstand verursacht wurde, der nicht im Zuständigkeitsbereich des betreffenden Anspruchstellers liegt.

Sonstige gegenseitige Ansprüche der versicherten Mitglieder und Organisationen untereinander sind vom Versicherungsschutz ausgeschlossen. Das gilt insbesondere für Ansprüche aus Personenschäden von Vereinsmitgliedern untereinander.

2.6 Auslandsschäden

Eingeschlossen ist die gesetzliche Haftpflicht aus im Ausland vorkommenden Schadenereignissen, sofern diese auf die Ausübung der durch diesen Vertrag versicherten Tätigkeit zurückzuführen sind.

Bei Schadenereignissen in den USA, Mexiko, Kanada und Japan werden die Aufwendungen der ARAG für Kosten als Leistungen auf die Deckungssumme angerechnet. Kosten sind: Anwalts-, Sachverständigen-, Zeugen- und Gerichtskosten; Aufwendungen zur Abwendung oder Minderung des Schadens bei oder nach Eintritt des Versicherungsfalles sowie Schadenermittlungskosten, auch Reisekosten, die der ARAG nicht selbst entstehen. Das gilt auch dann, wenn die Kosten auf Weisung der ARAG entstanden sind. Vom Versicherungsschutz ausgeschlossen bleiben Ansprüche auf Entschädigung mit Strafcharakter, insbesondere punitive oder exemplary damages.

Die Leistungen des Versicherers erfolgen in EURO. Die Verpflichtung der ARAG gilt mit dem Zeitpunkt als erfüllt, in dem der EURO-Betrag bei einem inländischen Geldinstitut angewiesen ist.

2.7 Schlüsselverlust

Der Versicherungsschutz erstreckt sich auch auf die gesetzliche Haftpflicht des Isb h und seiner Organisationen aus dem Abhandenkommen und der Beschädigung von fremden Schlüsseln, die von Vertretern des Isb h oder einer Organisation im Isb h vorübergehend im Rahmen ihrer Vereinstätigkeit übernommen worden sind. Versichert sind die Kosten für

- Austausch oder Änderung von Schlössern oder Schließanlagen,
- provisorische Sicherungsmaßnahmen,
- Objektschutz bis zu 14 Tagen, gerechnet ab dem Zeitpunkt, an welchem der Verlust des Schlüssels festgestellt wurde.

Ausgeschlossen bleiben weitere Folgeschäden, die sich aus einem Schlüsselverlust ergeben (z.B. Einbruch).

Empfehlung: Grundsätzlich sollten nur jeweils die Bereichsschlüssel, nicht jedoch die Hauptschlüssel einer Generalschließanlage genommen werden.

2.8 Sonderrisiken bei Veranstaltungen

Mitversichert ist anlässlich von versicherten Veranstaltungen auch die gesetzliche Haftpflicht

- 2.8.1 aus dem Betrieb von Verkaufsständen, Schießbuden o.ä. soweit diese in eigener Regie des Isb h oder einer versicherten Organisation betrieben werden;
- 2.8.2 aus dem Auf- und Abbau von Zelten durch den Isb h oder eine versicherte Organisation und der Bewirtung in eigener Regie. Nicht versichert sind Schäden an gemieteten oder geliehenen Zelten und deren Einrichtungen.

2.9 Arbeitsgemeinschaften

Werden versicherte Veranstaltungen gemeinsam mit nicht versicherten Organisationen durchgeführt, so werden diese wie Arbeitsgemeinschaften behandelt.

Für Haftpflichtansprüche aus der Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften gelten, unbeschadet der sonstigen Vertragsbedingungen (insbesondere der Deckungssummen), folgende Bestimmungen:

- 2.9.1 Die Ersatzpflicht der ARAG bleibt auf die Quote beschränkt, welche der prozentualen Beteiligung der versicherten Organisationen an der Arbeitsgemeinschaft entspricht. Dabei ist es unerheblich, welcher Organisation die schadenverursachenden Personen oder Sachen angehören.
- 2.9.2 Vom Versicherungsschutz ausgeschlossen bleiben Haftpflichtansprüche wegen Schäden an den von den einzelnen Organisationen in die Arbeitsgemeinschaft eingebrachten oder von der Arbeitsgemeinschaft beschafften Sachen, gleichgültig, von wem die Schäden verursacht wurden.
- 2.9.3 Ebenso bleiben ausgeschlossen Ansprüche der Partner der Arbeitsgemeinschaft untereinander sowie Ansprüche der Arbeitsgemeinschaft gegen die Partner und umgekehrt.

2.10 Feuerwerk

Mitversichert ist die gesetzliche Haftpflicht aus dem Abbrennen von Feuerwerk sowie aus der Verwendung von Böllern, Mörsern und Schallkanonen anlässlich versicherter Veranstaltungen gemäß Abschnitt A. I.

2.11 Mietsachschäden

Versichert sind Haftpflichtansprüche wegen Schäden an fremden Sachen, die der Isb h oder eine seiner angeschlossenen Organisationen oder deren Organe oder Aufsichtspersonen zur Ausübung des Sportbetriebes und der Jugendarbeit gemietet, gepachtet oder geliehen haben. Ansprüche wegen Abnutzungsschäden an den unter den Versicherungsschutz fallenden Sachen sind ausgeschlossen.

Sonstige Mietsachschäden, insbesondere bei Festveranstaltungen, sind nicht versichert.

Empfehlung: Entsprechender Versicherungsschutz kann beim Versicherungsbüro beim Isb h beantragt werden, auch soweit eine Erhöhung der Deckungssumme gewünscht wird.

2.12 Besondere Sportveranstaltungen

Mitversichert ist die Teilnahme an Pferderennen, Radrennen, Box- und Ringkämpfen sowie an den Vorbereitungen (Training) hierzu.

3. Leistungen

- 3.1 Die Leistungspflicht der ARAG umfasst die Prüfung der Haftpflichtfrage, die Abwehr unberechtigter Ansprüche sowie den Ersatz der Entschädigung, welche der Versicherte aufgrund eines von der ARAG abgegebenen oder genehmigten Anerkenntnisses, eines von ihm geschlossenen oder genehmigten Vergleichs oder einer richterlichen Entscheidung zu zahlen hat. Steht die Verpflichtung der ARAG zur Zahlung fest, ist die Entschädigung binnen zwei Wochen zu leisten.

Die ARAG ist verpflichtet, den Versicherten von Ansprüchen frei zu stellen, die von einem Dritten aufgrund der Verantwortlichkeit des Versicherten für eine während der Versicherungszeit eintretende Tatsache geltend gemacht werden.

Wird in einem Strafverfahren wegen eines Schadenereignisses, das einen unter den Versicherungsschutz fallenden Haftpflichtanspruch zur Folge haben kann, die Bestellung eines Verteidigers für den Versicherten von der ARAG gewünscht oder genehmigt, so trägt die ARAG die gebührenordnungsmäßigen, gegebenenfalls die mit ihm besonders vereinbarten höheren Kosten des Verteidigers.

Hat der Versicherte für eine aus einem Versicherungsfall geschuldete Rente kraft Gesetzes Sicherheit zu leisten oder ist ihm die Anwendung der Vollstreckung einer gerichtlichen Entscheidung durch Sicherheitsleistung oder Hinterlegung nachgelassen, so ist die ARAG an seiner Stelle zur Sicherheitsleistung oder Hinterlegung verpflichtet.

- 3.2 Für den Umfang der Leistung der ARAG bilden die in Ziffer 5. angegebenen Versicherungssummen die Höchstgrenze bei jedem Schadenereignis. Dies gilt auch dann, wenn sich der Versicherungsschutz auf mehrere entschädigungspflichtige Personen erstreckt. Mehrere zeitlich zusammenhängende Schäden aus derselben Ursache oder mehrere Schäden aus Lieferungen der gleichen mangelhaften Waren gelten als ein Schadenereignis.
- 3.3 Kommt es in einem Versicherungsfall zu einem Rechtsstreit über den Anspruch zwischen dem Versicherten und dem Geschädigten oder dessen Rechtsnachfolger, so führt die ARAG den Rechtsstreit im Namen des Versicherten auf ihre Kosten.
- 3.4 Die Aufwendungen der ARAG für Kosten werden grundsätzlich nicht als Leistungen auf die Versicherungssumme angerechnet (vgl. aber Ziffern 2.6 und 3.5).
- 3.5 Übersteigen die Haftpflichtansprüche die Versicherungssumme, so hat die ARAG die Prozesskosten nur im Verhältnis der Versicherungssumme zur Gesamthöhe der Ansprüche zu tragen, und zwar auch dann, wenn es sich um mehrere aus einem Schadenereignis entstehende Prozesse handelt. Die ARAG ist in solchen Fällen berechtigt, durch Zahlung der Versicherungssumme und ihres der Versicherungssumme entsprechenden Anteils an den bis dahin erwachsenen Kosten sich von weiteren Leistungen zu befreien.
- 3.6 Hat der Versicherte an den Geschädigten Rentenzahlungen zu leisten und übersteigt der Kapitalwert der Rente die Versicherungssumme oder den nach Abzug etwaiger sonstiger Leistungen aus demselben Versicherungsfall noch verbleibenden Restbetrag der Versicherungssumme, so wird die zu leistende Rente nur im Verhältnis der Versicherungssumme bzw. ihres Restbetrages zum Kapitalwert der Rente erstattet. Der Kapitalwert der Rente wird zu diesem Zweck aufgrund der vom Statistischen Reichsamt aufgestellten allgemeinen deutschen Sterbetafel für die Jahre 1924 bis 1926, männliches Geschlecht (Statistik des Deutschen Reiches, Band 401), und eines Zinsfußes von jährlich 4 Prozent ermittelt.
- 3.7 Falls die von der ARAG verlangte Erledigung eines Haftpflichtanspruchs durch Anerkenntnis, Befriedigung oder Vergleich an dem Widerstand des Versicherten scheitert, so hat die ARAG für den von der Weigerung an entstehenden Mehraufwand an Hauptsache, Zinsen und Kosten nicht aufzukommen.

4. Ausschlüsse

- 4.1 Der Versicherungsschutz bezieht sich nicht auf:
 - 4.1.1 Haftpflichtansprüche, soweit sie aufgrund Vertrags- oder besonderer Zusagen über den Umfang der gesetzlichen Haftpflicht des Versicherten hinausgehen.
 - 4.1.2 Ansprüche auf Gehalt, Ruhegehalt, Lohn und sonstige festgesetzte Bezüge, Verpflegung, ärztliche Behandlung im Falle der Dienstbehinderung, Fürsorgeansprüche.
 - 4.1.3 Haftpflichtansprüche aus Sachschaden, welcher entsteht durch allmähliche Einwirkung der Temperatur, von Gasen, Dämpfen oder Feuchtigkeit, von Niederschlägen (Rauch, Ruß, Staub und dgl.), ferner durch Abwasser, Schwammbildung, Senkungen von Grundstücken (auch eines darauf errichteten Werkes oder eines Teiles eines solchen), durch Erdbeben, Erschütterungen infolge Rammarbeiten, durch Überschwemmungen stehender oder fließender Gewässer sowie aus Flurschaden durch Weidevieh und aus Wildschaden. Auf die Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung gemäß Abschnitt B. III. wird jedoch ausdrücklich hingewiesen.
 - 4.1.4 Ansprüche wegen Schäden an fremden Sachen und allen sich daraus ergebenden Vermögensschäden, wenn der Versicherte diese Sachen gemietet, geleast, gepachtet, geliehen oder durch verbotene Eigenmacht erlangt hat oder sie Gegenstand eines besonderen Verwahrungsvertrages sind, soweit es sich nicht um Schäden gemäß Ziffer 2.11 handelt.
 - 4.1.5 Haftpflichtansprüche wegen Schäden, die in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang stehen mit energiereichen ionisierenden Strahlen (z.B. von radioaktiven Substanzen emittierte Alpha-, Beta- und Gammastrahlen sowie Neutronen oder in Teilchenbeschleunigern erzeugte Strahlen) sowie mit Laser- und Maserstrahlen.
- 4.2 Kein Versicherungsschutz besteht für Ansprüche
 - 4.2.1 wegen Schäden an fremden Sachen und allen sich daraus ergebenden Vermögensschäden, wenn sie

- 4.2.1.1 durch eine Tätigkeit der Versicherten an diesen Sachen (Bearbeitung, Reparatur, Beförderung, Prüfung und dgl.) entstanden sind; bei unbeweglichen Sachen gilt dieser Ausschluss nur insoweit, als diese Sachen oder Teile von ihnen unmittelbar von der Tätigkeit betroffen waren;
- 4.2.1.2 dadurch entstanden sind, dass die Versicherten diese Sachen zur Durchführung ihrer Tätigkeiten (als Werkzeug, Hilfsmittel, Materialablagefläche und dgl.) benutzt haben; bei unbeweglichen Sachen gilt dieser Ausschluss nur insoweit, als diese Sachen oder Teile von ihnen unmittelbar von der Benutzung betroffen waren;
- 4.2.1.3 durch eine Tätigkeit der Versicherten entstanden sind und sich diese Sachen oder – sofern es sich um unbewegliche Sachen handelt – deren Teile im unmittelbaren Einwirkungsbereich der Tätigkeit befunden haben; dieser Ausschluss gilt nicht, wenn der Versicherte beweist, dass er zum Zeitpunkt der Tätigkeit offensichtlich notwendige Schutzvorkehrungen zur Vermeidung von Schäden getroffen hatte;
- 4.2.2 auf Erfüllung von Verträgen, Nacherfüllung, aus Selbstvornahme, Rücktritt, Minderung, auf Schadenersatz statt der Leistung;
- 4.2.3 wegen Schäden, die verursacht werden, um die Nachbesserung durchführen zu können;
- 4.2.4 wegen des Ausfalls der Nutzung des Vertragsgegenstandes oder wegen des Ausbleibens des mit der Vertragsleistung geschuldeten Erfolges;
- 4.2.5 auf Ersatz vergeblicher Aufwendungen im Vertrauen auf ordnungsgemäße Vertragserfüllung;
- 4.2.6 auf Ersatz von Vermögensschäden wegen Verzögerung der Leistung;
- 4.2.7 wegen anderer an die Stelle der Erfüllung tretender Ersatzleistungen;
- Die Ausschlüsse Ziffern 4.2.1 – 4.2.7 gelten auch dann, wenn es sich um gesetzliche Ansprüche handelt.
- 4.2.8 aus Verwendung von Tribünen, die nicht polizeilich abgenommen sind;
- 4.2.9 des Eigentümers, Besitzers, Halters oder Führers eines Kraft-, Luft- oder Wasserfahrzeuges – abgesehen von Ziffer 2.4 – wegen Schäden, die durch den Gebrauch des Fahrzeuges verursacht werden.
- Eine Tätigkeit der genannten Personen an Kraftfahrzeugen, Kraftfahrzeuganhängern und Wasserfahrzeugen ist kein Gebrauch im Sinne dieser Bestimmungen, wenn keine dieser Personen Halter oder Besitzer der Fahrzeuge ist und wenn die Fahrzeuge hierbei nicht in Betrieb gesetzt werden.
- Besteht nach diesen Bestimmungen für einen Versicherten (Isb h, Organisation oder Mitversicherten) kein Versicherungsschutz, so gilt dies auch für alle anderen Versicherten;
- 4.2.10 wegen Schäden an Kraftfahrzeugen, die im Auftrag des Isb h oder einer Organisation im Isb h zur Wahrnehmung von Vereinsinteressen eingesetzt werden;
- 4.2.11 aus Schäden an Wasserfahrzeugen sowie sonst schwimmenden oder festen Gegenständen, die als Folge eines Zusammenstoßes oder navigatorischen Verschuldens eintreten, wenn und soweit ein anderer Versicherer zur Ersatzleistung verpflichtet ist;
- 4.2.12 aus Schäden, welche durch Explosion oder Brand solcher Stoffe entstehen, mit denen der Isb h, seine Organisationen oder die von ihnen Beauftragten nicht gemäß behördlicher Vorschrift umgegangen sind;
- 4.2.13 aus Schäden an Kommissionsware;
- 4.2.14 aus der Durchführung von Motorsport- oder genehmigungspflichtigen Luftfahrt-Veranstaltungen, und zwar auch dann, wenn diese nur Teil einer anderen, ansonsten versicherten Veranstaltung sind;
- 4.2.15 aus dem Abhandenkommen von Sachen – abgesehen von Ziffer 2.7;
- 4.2.16 aus dem Halten und Hüten von Tieren – abgesehen von Ziffer 2.3;
- 4.2.17 aus der Ausrichtung nicht versicherter Veranstaltungen gemäß Abschnitt A. I. 4.;
- 4.2.18 aus Schäden, die sich aus dem Flugbetrieb ergeben, und zwar insbesondere aus
- 4.2.18.1 dem Betrieb und der Unterhaltung von Fluggeländen mit Motorflugbetrieb;
- 4.2.18.2 Tätigkeiten (z.B. Montage, Wartung, Inspektion, Überholung, Reparatur und Beförderung) an Luftfahrzeugen und Luftfahrzeugteilen einschließlich Fallschirmen;
- 4.2.18.3 Tätigkeiten der Fluglehrer, Einweiser und der Prüfer von Luftfahrtgerät;
- 4.2.18.4 Tätigkeiten an und mit Startwinden;
- 4.2.18.5 aus Unterhaltung und Betrieb von Ballonaufstiegsplätzen;
- 4.2.18.6 der Tätigkeit des amtlich bestätigten Flugleiters oder der von ihm Beauftragten;
- 4.2.19 aus Schadenfällen, bei denen es sich um Arbeitsunfälle gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) oder beamtenrechtlicher Vorschriften handelt.
- 4.3 Ausgeschlossen von der Versicherung bleiben:
- 4.3.1 Versicherungsansprüche aller Personen, die den Schaden vorsätzlich und widerrechtlich herbeigeführt haben. Bei der Lieferung oder Herstellung von Waren, Erzeugnissen oder Arbeiten steht die Kenntnis von der Mangelhaftigkeit oder Schädlichkeit der Waren usw. dem Vorsatz gleich.
- 4.3.2 Haftpflichtansprüche
- 4.3.2.1 zwischen mehreren Versicherten desselben Versicherungsvertrages,
- 4.3.2.2 von gesetzlichen Vertretern geschäftsunfähiger oder beschränkt geschäftsfähiger Personen,
- 4.3.2.3 von gesetzlichen Vertretern juristischer Personen des privaten oder öffentlichen Rechts sowie nicht rechtsfähiger Vereine,
- 4.3.2.4 von Liquidatoren,
- soweit in Ziffer 2.5 nichts anderes bestimmt ist.
- 4.3.3 Haftpflichtansprüche, die darauf zurückzuführen sind, dass der Versicherte besonders gefährdende Umstände, deren Beseitigung die ARAG billigerweise verlangen konnte und verlangt hatte, nicht innerhalb einer angemessenen Frist beseitigte. Ein Umstand, welcher zu einem Schaden geführt hat, gilt ohne weiteres als besonders Gefährdender.
- 4.3.4 Haftpflichtansprüche wegen Personenschäden, die aus der Übertragung einer Krankheit des Versicherten entstehen, sowie Sachschäden, die durch Krankheit der dem Versicherten gehörenden, von ihm gehaltenen oder veräußerten Tiere entstanden sind, es sei denn, dass der Versicherte weder vorsätzlich noch grob fahrlässig gehandelt hat.
- 4.3.5 Haftpflichtansprüche wegen Schäden durch Umwelteinwirkung auf Boden, Luft oder Wasser (einschließlich Gewässer) und alle sich daraus ergebenden weiteren Schäden, soweit diese nicht durch die Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung unter Abschnitt III. mitversichert sind.
- Sind die Voraussetzungen der obigen Ausschlüsse in der Person von Angestellten, Arbeitern, Bediensteten, Bevollmächtigten oder Beauftragten des Versicherten gegeben, so entfällt gleichfalls der Versicherungsschutz, und zwar sowohl für den Versicherten wie für die durch den Versicherungsvertrag etwa mitversicherten Personen.
- 5. Versicherungssummen**
- 5.1 Die Versicherungssummen betragen:
- Für Personen- und/oder Sachschäden je Ereignis**
€ 1.000.000,- pauschal.

5.2 Besondere Versicherungssummen bestehen abweichend von Ziffer 5.1 für folgende Risiken je Ereignis:

5.2.1 **Für Mietsachschäden** gemäß Ziffer 2.11 € 260.000,-

5.2.2 **Für Schlüsselverlust** gemäß Ziffer 2.7 € 2.600,-

An jedem Versicherungsfall sind der Isb h oder seine Organisationen mit 10%, mindestens € 50,- selbst beteiligt.

III. Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung ARAG Allgemeine Versicherungs-AG

1. Gegenstand der Versicherung

1.1 Versichert ist die Haftpflicht des Isb h oder einer Mitgliedsorganisation im Isb h

- als Inhaber von Anlagen zur Lagerung von gewässerschädlichen Stoffen und aus der Verwendung dieser gelagerten Stoffe
- für unmittelbare oder mittelbare Folgen (Personen-, Sach- und Vermögensschäden von Veränderungen der physikalischen, chemischen oder biologischen Beschaffenheit eines Gewässers einschließlich des Grundwassers (Gewässerschäden)).

1.2 Versichert sind – auch ohne dass ein Gewässerschaden droht oder eintritt – Schäden an unbeweglichen Sachen des Isb h oder einer Mitgliedsorganisation, die dadurch verursacht werden, dass die gewässerschädlichen Stoffe bestimmungswidrig aus der versicherten Anlage ausgetreten sind. Dies gilt auch bei allmählichem Eindringen der Stoffe in die Sachen. Die ARAG ersetzt die Aufwendungen zur Wiederherstellung des Zustandes, wie er vor Eintritt des Schadens bestand. Eintretende Wertverbesserungen sind abzuziehen.

Ausgeschlossen bleiben Schäden an der Anlage selbst.

1.3 Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Haftpflichtversicherung gemäß Abschnitt II. soweit in diesem Abschnitt nichts anderes bestimmt ist

2. Rettungskosten

2.1 Aufwendungen, auch erfolglose, die der Versicherte im Versicherungsfall zur Abwendung oder Minderung des Schadens für geboten halten durfte (Rettungskosten) sowie außergerichtliche Gutachterkosten werden von der ARAG insoweit übernommen, als sie zusammen mit der Entschädigungsleistung die Einheitsdeckungssumme nicht übersteigen. Für Gerichts- und Anwaltskosten bleibt es bei der Regelung der Haftpflichtversicherung gemäß Abschnitt B. II.

2.2 Auf Weisung der ARAG aufgewendete Rettungs- und außergerichtliche Gutachterkosten sind auch insoweit zu ersetzen, als sie zusammen mit der Entschädigung die Einheitsdeckungssumme übersteigen. Eine Billigung des Versicherers von Maßnahmen des Versicherungsnehmers oder Dritter zur Abwendung oder Minderung des Schadens gilt nicht als Weisung des Versicherers.

3. Nicht versicherte Tatbestände

Ausgeschlossen sind Haftpflichtansprüche

3.1 gegen die Versicherten, die den Schaden durch vorsätzliches Abweichen von dem Gewässerschutz dienenden Gesetzen, Verordnungen, an den Versicherten gerichteten behördlichen Anordnungen oder Verfügungen herbeigeführt haben;

3.2 wegen Schäden, die unmittelbar oder mittelbar auf Kriegereignissen, anderen feindlichen Handlungen, Aufruhr, inneren Unruhen, Generalstreik (in der Bundesrepublik oder in einem Bundesland) oder unmittelbar auf Verfügung oder Maßnahmen von hoher Hand beruhen. Das gleiche gilt für Schäden durch höhere Gewalt, soweit sich elementare Naturkräfte ausgewirkt haben.

4. Versicherungssummen

Die Versicherungssumme beträgt € 260.000,- pauschal für Personen-, Sach- und Vermögensschäden.

IV. Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung ARAG Allgemeine Versicherungs-AG

1. Gegenstand der Versicherung

1.1 Die Versicherten haben im Rahmen dieser Vertraglichen Bestimmungen Versicherungsschutz für den Fall, dass sie wegen eines Verstoßes von einem Dritten aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen privatrechtlichen Inhalts für einen Vermögensschaden verantwortlich gemacht werden (Drittsschäden).

1.2 Vermögensschäden sind solche Schäden, die weder Personenschäden (Tötung, Verletzung des Körpers oder Schädigung der Gesundheit von Menschen) noch Sachschäden (Beschädigung, Verderben, Vernichtung oder Abhandenkommen von Sachen) sind, noch sich aus solchen – von dem Versicherten oder einer Person, für die er einzutreten hat, verursachten – Schäden herleiten. Als Sachen gelten insbesondere auch Geld und geldwerte Zeichen.

1.2.1 Es sind jedoch – zu Ziffer 1.2.1.2 mit der in den Ziffern 2.3.2 und 2.3.3 vorgesehenen beschränkten Beteiligung der ARAG – in die Versicherung einbezogen Ansprüche wegen unmittelbarer oder mittelbarer Sachschäden

1.2.1.1 an Akten und anderen für die Sachbehandlung in Betracht kommenden Schriftstücken;

1.2.1.2 an sonstigen beweglichen Sachen, die das Objekt der versicherten Betätigung des Versicherten bilden.

1.2.2 Ausgeschlossen von der Einbeziehung zu den Ziffern 1.2.1.1 und 1.2.1.2 sind Ansprüche wegen Sachschäden, die entstehen durch Abhandenkommen von Geld, geldwerten Zeichen, Wertsachen, Inhaberpapieren und in blanko indossierten Orderpapieren; das Abhandenkommen von Wechseln fällt nicht unter diese Ausschlussbestimmung.

Ferner sind von der Einbeziehung zu Ziffer 1.2.1.2 ausgeschlossen Ansprüche wegen Sachschäden, die entstehen aus Anlass der Ausübung technischer Berufstätigkeit oder der Verwaltung von Grundstücken oder der Führung wirtschaftlicher Betriebe.

1.3 Falls eine juristische Person für sich selbst Versicherung nimmt, so besteht der Versicherungsschutz hinsichtlich der ihren Organen und Angestellten zur Last fallenden Verstöße, soweit sie diese gesetzlich zu vertreten hat, und zwar mit der Maßgabe, dass in der Person des Verstoßenden gegebene subjektive Umstände, durch welche der Versicherungsschutz beeinflusst wird (vgl. Ziffern 3.4 oder 3.6), als bei dem Versicherten selbst vorliegend gelten.

1.4 Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Haftpflichtversicherung gemäß Abschnitt B. II. soweit in diesem Abschnitt nichts anderes bestimmt ist.

2. Leistungen

2.1 Die Versicherung umfasst die Folgen aller vom Beginn des Versicherungsschutzes an bis zum Ablauf des Vertrages vorkommenden Verstöße.

2.2 Wird ein Schaden durch fahrlässige Unterlassung verursacht, gilt im Zweifel der Verstoß als an dem Tag begangen, an welchem die versäumte Handlung spätestens hätte vorgenommen werden müssen, um den Eintritt des Schadens abzuwenden.

2.3 Der Versicherungsschutz umfasst die Folgen aller während der Versicherungsdauer begangenen Verstöße, die der ARAG nicht später als zwei Jahre nach Beendigung des Versicherungsvertrages gemeldet werden.

2.3.1 Der Versicherungsschutz umfasst sowohl die Abwehr unbegründeter als auch die Befriedigung begründeter Schadenersatzansprüche und die Freistellung des Versicherten von berechtigten Schadenersatzverpflichtungen.

2.3.2 Die Versicherungssumme – bei Sachschäden im Sinne der Ziffer 1.2.1.2 jedoch nur ein Viertel – stellt den Höchstbetrag der der ARAG – abgesehen vom Kostenpunkt (s. Ziffer 2.3.6) – in jedem einzelnen Schadenfall obliegenden Leistung dar. Dabei kommt nur eine einmalige Leistung der Versicherungssumme in Frage

2.3.2.1 gegenüber mehreren entschädigungspflichtigen Personen, auf welche sich der Versicherungsschutz erstreckt;

2.3.2.2 bezüglich eines aus mehreren Verstößen fließenden einheitlichen Schadens;

2.3.2.3 bezüglich sämtlicher Folgen eines Verstoßes. Dabei gilt mehrfaches, auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitlicher Verstoß, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen.

- 2.3.3 Von der Summe, die vom Versicherten aufgrund richterlichen Urteils oder eines vom Versicherer genehmigten Anerkenntnisses oder Vergleichs zu bezahlen ist (Haftpflichtsumme), ersetzt die ARAG 90 %, höchstens die Höchstversicherungssumme.

Die Selbstbeteiligung des Versicherungsnehmers beträgt in jedem Fall mindestens € 50,- (Mindestselbstbehalt), höchstens 1 % der vereinbarten Versicherungssumme.

Bei den in Ziffer 1.2.1.2 erwähnten Sachschäden übernimmt die ARAG 75 % der Haftpflichtsumme, höchstens die für diese Schäden vorgesehene Höchstversicherungssumme (vgl. Ziffer 2.3.2).

- 2.3.4 Es ist – auch abgesehen von dem Fall der Versicherung des eigenen Risikos – ohne Zustimmung der ARAG nicht zulässig, dass der Versicherte Abmachungen trifft oder Maßnahmen geschehen lässt, die darauf hinauslaufen, dass ihm seine Selbstbeteiligung erlassen, gekürzt oder ganz oder teilweise wieder zugeführt wird. Widrigenfalls mindert sich die Haftpflichtsumme um den entsprechenden Betrag.
- 2.3.5 An einer Sicherheitsleistung oder Hinterlegung, die zur Abwendung der zwangsweisen Beitreibung der Haftpflichtsumme zu leisten ist, beteiligt sich die ARAG in demselben Umfang wie an der Ersatzleistung.
- 2.3.6 Die Kosten eines gegen den Versicherten anhängig gewordenen, einen gedeckten Haftpflichtanspruch betreffenden Haftpflichtprozesses sowie einer wegen eines solchen Anspruchs mit Zustimmung der ARAG vom Versicherten betriebenen negativen Feststellungsklage oder Nebenintervention, gehen voll zu Lasten des Versicherers. Es gilt dabei aber Folgendes:
- 2.3.6.1 Übersteigt der Haftpflichtanspruch die Versicherungssumme, trägt die ARAG die Gebühren und Pauschalsätze nur nach der der Versicherungssumme entsprechenden Wertklasse. Bei den nicht durch Pauschalsätze abzugelenden Auslagen tritt eine verhältnismäßige Verteilung auf ARAG und Versicherten ein.
- 2.3.6.2 Übersteigt der Haftpflichtanspruch nicht den Betrag des Mindestselbstbehaltes, treffen die ARAG keine Kosten.
- 2.3.6.3 Sofern ein Versicherter sich selbst vertritt oder durch einen Sozius oder Mitarbeiter vertreten lässt, werden ihnen eigene Gebühren nicht erstattet.
- 2.3.7 Falls die von der ARAG verlangte Erledigung eines Haftpflichtanspruchs durch Anerkenntnis, Befriedigung oder Vergleich an dem Widerstand des Versicherten scheitert, oder falls die ARAG ihren vertragsgemäßen Anteil zur Befriedigung des Geschädigten zur Verfügung stellt, hat die ARAG für den von der Weigerung bzw. der Verfügungstellung an entstehenden Mehraufwand an Hauptsache, Zinsen und Kosten nicht aufzukommen.

3. Ausschlüsse

Der Versicherungsschutz bezieht sich nicht auf Haftpflichtansprüche

- 3.1 welche vor ausländischen Gerichten geltend gemacht werden – dies gilt auch im Fall eines inländischen Vollstreckungsurteils (§ 722 ZPO) –; wegen Verletzung oder Nichtbeachtung ausländischen Rechts; wegen einer im außereuropäischen Ausland vorgenommenen Tätigkeit;
- 3.2 soweit sie aufgrund Vertrags- oder besonderer Zusage über den Umfang der gesetzlichen Haftpflicht hinausgehen;
- 3.3 aus der Überschreitung von Voranschlägen und Krediten; aus der entgeltlichen oder unentgeltlichen Vermittlung oder Empfehlung von Geld-, Grundstücks- und anderen wirtschaftlichen Geschäften;
- 3.4 wegen Schäden, welche durch Fehlbeträge bei der Kassenführung, durch Verstöße beim Barzahlungsakt, durch Veruntreuung des Personals des Versicherten entstehen. Zum Versicherungsschutz im Rahmen der Vertrauensschadenversicherung wird auf Abschnitt B. V. verwiesen;
- 3.5 wegen Schäden durch wissentliches Abweichen von Gesetz, Vorschrift, Anweisung oder Bedingung des Machtgebers (Berechtigten) oder durch sonstige wissentliche Pflichtverletzung;

- 3.6 von Soziern, Gesellschaftern, Mitinhabern und Angehörigen des Versicherten sowie von Personen, welche mit ihm in häuslicher Gemeinschaft leben, es sei denn – was die Ansprüche von Angehörigen und in häuslicher Gemeinschaft Lebenden anlangt –, dass es sich um Ansprüche eines Mündels gegen seinen Vormund oder eines Betreuten gegen seinen Betreuer handelt.

Als Angehörige gelten

- 3.6.1 der Ehegatte des Versicherten, der Lebenspartner im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes oder vergleichbarer Partnerschaften nach dem Recht anderer Staaten;
- 3.6.2 wer mit dem Versicherten in gerader Linie oder im zweiten Grad der Seitenlinie verwandt oder verschwägert ist;
- 3.7 aus § 69 Abgabenordnung;
- 3.8 aus bankmäßigem Betrieb und bankmäßiger Tätigkeit (Scheck-, Wechsel-, Giro-, Depositen-, Kontokorrent-, Devisen-Verkehr, Akkreditiv-Geschäfte usw.);
- 3.9 wegen Schäden, die in Einbußen bei Darlehen und Krediten bestehen, welche das Rechtssubjekt erleidet, bei dem der Versicherte als Beamter oder sonst angestellt ist oder zu dem er im Verhältnis eines Vorstehers oder eines Mitgliedes eines Vorstands-, Verwaltungs- oder Aufsichtskollegiums steht. Dies gilt nicht, soweit die Einbußen verursacht sind durch Verstöße bei der Rechtsverfolgung.

4. Versicherungssummen

Die Versicherungssummen betragen je Verstoß

- € 35.000,- für den Isb h, höchstens
€ 70.000,- im Versicherungsjahr
€ 25.000,- für die Fachverbände, höchstens
€ 50.000,- im Versicherungsjahr
€ 15.000,- für die sonstigen Organisationen im Isb h, höchstens
€ 30.000,- im Versicherungsjahr.

V. Vertrauensschadenversicherung ARAG Allgemeine Versicherungs-AG

1. Gegenstand der Versicherung

- 1.1 Die Versicherten haben Versicherungsschutz gegen Schäden an dem Vermögen (Geld und Geldwerte) des Isb h und seiner Organisationen aufgrund der nachstehend aufgeführten Versicherungsfälle, wenn diese sich während des Einschlusses der Wagnispersonen in die Versicherung ereignet haben.
- 1.2 Der Versicherungsschutz wird gewährt
- 1.2.1 ohne Vorhaftung anderer Werte;
- 1.2.2 unter Verzicht auf die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gegen alle für den Versicherten tätigen Personen, die bei der Entstehung eines Schadens fahrlässig mitgewirkt haben;
- 1.2.3 unabhängig von Strafverfolgung und Bestrafung der an der Verursachung eines Schadens beteiligten Personen.

Der Versicherte soll sich vor Erstattung einer Strafanzeige gegen Wagnispersonen mit der ARAG ins Benehmen setzen, sofern nicht gesetzliche Vorschriften oder besondere Umstände die sofortige Anzeige erfordern.

2. Umfang des Versicherungsschutzes

- 2.1 Versicherungsschutz wird bei Schäden gewährt, die entstanden sind durch schuldhaft auf Vorsatz beruhende Handlungen (wie z.B. Unterschlagung, Diebstahl, Betrug, Untreue, Urkundenfälschung) der versicherten Personen gemäß Ziffer 2.3, soweit diese nach den gesetzlichen Vorschriften über unerlaubte Handlungen zum Ersatz des Schadens verpflichtet sind.
- 2.2 Bei Ereignissen, die ohne Verschulden des in Ziffer 2.3 angeführten Personenkreises eingetreten sind, besteht Versicherungsschutz:
- 2.2.1 bei Raub (§§ 249 – 251 StGB);
- 2.2.2 bei Erpressung (§§ 253 – 255 StGB);
- 2.2.3 bei Betrug (§ 263 StGB) auf dem Transportweg;
- 2.2.4 bei Diebstahl (§§ 242, 243 StGB) von Geld oder Geldwerten des Isb h bzw. seiner Organisationen, die
- 2.2.4.1 sich in der unmittelbaren körperlichen Obhut der Versicherten gemäß Ziffer 2.3 befanden;

2.2.4.2 seitens der Versicherten verwahrt waren in Gebäuden oder Räumen bzw. Behältnissen in Gebäuden, auf die sich die Verfügungsgewalt des Versicherten nicht erstreckt, sofern diese Werte unter Begehung eines schweren Diebstahls daraus entwendet worden sind. Fahrzeuge sind keine Behältnisse im Sinne dieser Bestimmung;

2.2.5 bei Verlieren von Geld oder Geldwerten des lsb h bzw. seiner Organisationen seitens der Versicherten gemäß Ziffer 2.3, wenn diese den Umständen nach zur Betreuung der Geldwerte nicht mehr in der Lage gewesen sind;

2.2.6 bei Feuer, durch das Geld oder Geldwerte des lsb h bzw. der angeschlossenen Organisationen auf dem Transportweg oder in Räumen, die der Verfügungsgewalt der Versicherten gemäß Ziffer 2.3 unterstehen, vernichtet worden sind.

2.3 Versichert sind die Mitglieder der Organe des lsb h bzw. der Organe seiner Organisationen; mitversichert sind Kassierer, auch soweit diese nicht dem Vorstand des lsb h bzw. dem Vorstand einer seiner Organisationen angehören. Ebenso erstreckt sich der Versicherungsschutz auf die beim lsb h oder seinen Organisationen hauptberuflich beschäftigten Personen.

3. Leistungen

3.1 Für das Risiko „Vorsatz“ gemäß Ziffer 2.1 je Versicherungsfall

€ 110.000,- für den lsb h

€ 60.000,- für die Fachverbände

€ 7.500,- für alle anderen Organisationen im lsb h

3.2 Für das Risiko „Ohne Verschulden“ gemäß Ziffer 2.2 je Versicherungsfall

€ 35.000,- für den lsb h

€ 15.000,- für die Fachverbände

€ 10.000,- für alle anderen Organisationen im lsb h

3.3 Die Höchstleistung für alle Schäden beim lsb h und den Organisationen im lsb h beträgt insgesamt € 500.000,- je Versicherungsjahr.

4. Ausschlüsse

Nicht ersetzt werden Schäden,

4.1 die durch Wagnispersonen verursacht werden, über die der Versicherte vor ihrem Einschluss in die Versicherung in Erfahrung gebracht hat, dass durch sie bereits Tatbestände im Sinne der Ziffer 2.1 in seinen eigenen Diensten oder im Verhältnis zu Dritten verwirklicht worden sind;

4.2 die später als zwei Jahre nach ihrer Verursachung der ARAG gemeldet werden;

4.3 die durch entgangenen Gewinn oder mittelbar entstehen;

4.4 die durch Aufwendungen für einen Personenschaden entstehen;

4.5 deren anderweitige Versicherung durch den Versicherungsnehmer üblich und möglich ist;

4.6 deren Ursache außerhalb der Bundesrepublik Deutschland gesetzt wird;

4.7 die durch Krieg, kriegerische Ereignisse, innere Unruhen, Verfügung von hoher Hand, höhere Gewalt oder durch Kernenergie mit verursacht werden; ist nicht festzustellen, ob eine dieser Ursachen vorliegt, so entscheidet die überwiegende Wahrscheinlichkeit;

4.8 durch Abhandenkommen von Fahrzeugen.

5. Erlöschen des Versicherungsschutzes

Der Versicherungsschutz erlischt

5.1 bei Wagnispersonen, die aus den Diensten des Versicherten ausscheiden, mit Beendigung ihrer Tätigkeit für den Versicherten;

5.2 bei Wagnispersonen, die Tatbestände im Sinne der Ziffer 2.1 in Diensten des Versicherten oder im Verhältnis zu Dritten verwirklicht haben, in dem Zeitpunkt, in dem der Versicherte hiervon Kenntnis erhält.

Entschädigungsansprüche, die dem Versicherten bezüglich dieser Wagnispersonen während ihres Einschlusses in die Versicherung erwachsen sind, werden vom Erlöschen des Versicherungsschutzes nicht berührt.

6. Empfehlung:

6.1 Der Zahlungsverkehr sollte nur über Bank-, Postbank- oder sonstige Konten der Versicherten abgewickelt werden. Die Benutzung anderer, insbesondere auf Privatnamen lautender Konten ist nicht zu empfehlen.

6.2 Verfügungen über die Konten der Versicherten sollten die Unterschriften zweier Unterschriftsberechtigter tragen.

6.3 Mindestens einmal im Jahr sollten satzungsgemäße Konten-, Buch- und Kassenprüfungen stattfinden. Die Vorlage des Berichtes des Kassenprüfers erleichtert die Prüfung bei der Geltendmachung von Ansprüchen.

VI. Reisegepäckversicherung ARAG Allgemeine Versicherungs-AG

1. Gegenstand der Versicherung – Versicherte Sachen

1.1 Versichert ist das gesamte Reisegepäck der Mitglieder der Organisationen im lsb h einschließlich der Betreuer während versicherter Auslandsreisen.

Als Reisegepäck gelten sämtliche Sachen des persönlichen Reisebedarfs, die während einer Reise mitgeführt, am Körper oder in der Kleidung getragen oder durch ein übliches Transportmittel befördert werden. Als Reisegepäck gelten auch Geschenke und Reiseandenken, die auf der Reise erworben werden.

Sachen, die dauernd außerhalb des Hauptwohnsitzes der Versicherten aufbewahrt werden (z.B. in Zweitwohnungen, Booten, Campingwagen), gelten nur als Reisegepäck, solange sie von dort aus zu versicherten Fahrten, Gängen oder Reisen mitgenommen werden.

Fahrräder, falt- und Schlauchboote sowie andere Sportgeräte jeweils mit Zubehör sind nur versichert, solange sie sich nicht in bestimmungsgemäßem Gebrauch befinden. Außenbordmotoren sind stets ausgeschlossen.

Pelze, Schmucksachen, Gegenstände aus Edelmetall sowie Foto- und Filmapparate jeweils mit Zubehör, sind – unbeschadet der Entschädigungsgrenze in Ziffer 2.7.3.1 – nur versichert, solange sie

- bestimmungsgemäß getragen bzw. benutzt werden oder
- in persönlichem Gewahrsam sicher verwahrt mitgeführt werden oder
- einem Beherbergungsbetrieb zur Aufbewahrung übergeben sind oder
- sich in einem ordnungsgemäß verschlossenen Raum eines Gebäudes, eines Passagierschiffes oder in einer bewachten Garderobe befinden; Schmucksachen und Gegenstände aus Edelmetall jedoch nur, solange sie außerdem in einem verschlossenem Behältnis untergebracht sind, das erhöhte Sicherheit auch gegen die Wegnahme des Behältnisses selbst bietet.

Pelze, Foto- und Filmapparate jeweils mit Zubehör sind auch dann versichert, wenn sie in ordnungsgemäß verschlossenen, nicht einseharen Behältnissen einem Beförderungsunternehmen oder einer Gepäckaufbewahrung übergeben sind.

1.2 Nicht versichert sind Geld, Wertpapiere, Fahrkarten, Urkunden und Dokumente aller Art, Gegenstände mit überwiegendem Kunst- oder Liebhaberwert, Kontaktlinsen, Prothesen jeder Art, sowie Land-, Luft- und Wasserfahrzeuge jeweils mit Zubehör, einschließlich Fahrräder, Hängegleiter und Segelsurfergeräte (Fahrräder, falt- und Schlauchboote s. aber Ziffer 1.1). Ausweispapiere sind jedoch versichert.

2. Leistungen – Versicherte Gefahren und Schäden

2.1 Versicherungsschutz besteht, wenn versicherte Sachen abhanden kommen, zerstört oder beschädigt werden, während sich das Reisegepäck im Gewahrsam eines Beförderungsunternehmens, Beherbergungsbetriebes, Gepäckträgers oder einer Gepäckaufbewahrung befindet.

2.2 Versicherungsschutz besteht während der übrigen Reisezeit für die in Ziffer 2.1 genannten Schäden durch

2.2.1 Diebstahl, Einbruchdiebstahl, Raub, räuberische Erpressung, Mut- oder Böswilligkeit Dritter (vorsätzliche Sachbeschädigung);

- 2.2.2 Verlieren – hierzu zählen nicht liegen, stehen oder hängen lassen bis zur Entschädigungsgrenze gemäß Ziffer 2.7.3.2;
- 2.2.3 Transportmittelunfall oder Unfall eines Versicherten;
- 2.2.4 bestimmungswidrig einwirkendes Wasser, einschließlich Regen und Schnee;
- 2.2.5 Sturm, Brand, Blitzschlag oder Explosion;
- 2.2.6 höhere Gewalt.
- 2.3 Versicherungsschutz in Kraftfahrzeugen und Wassersportfahrzeugen
- 2.3.1 Versicherungsschutz gegen Diebstahl oder Einbruchdiebstahl aus unbeaufsichtigt abgestellten Kraftfahrzeugen oder Anhängern besteht nur, soweit sich das Reisegepäck in einem fest umschlossenen und durch Verschluss gesicherten Innen- oder Kofferraum befindet.
- Die ARAG haftet im Rahmen der Versicherungssumme in voller Höhe nur, wenn nachweislich
- 2.3.1.1 der Schaden tagsüber zwischen 06.00 und 22.00 Uhr eingetreten ist oder
- 2.3.1.2 das Kraftfahrzeug oder der Anhänger in einer abgeschlossenen Garage – Parkhäuser oder Tiefgaragen, die zur allgemeinen Benutzung stehen, genügen nicht – abgestellt war oder
- 2.3.1.3 der Schaden während einer Fahrtunterbrechung von nicht länger als zwei Stunden eingetreten ist.
- 2.3.2 Kann der Versicherte keine der unter 2.3.1 genannten Voraussetzungen nachweisen, ist die Entschädigung je Versicherungsfall auf € 250,- begrenzt.
- 2.3.3 In unbeaufsichtigt abgestellten Kraftfahrzeugen oder Anhängern nicht versichert sind Pelze, Schmucksachen und Gegenstände aus Edelmetall sowie Foto- und Filmapparate jeweils mit Zubehör.
- 2.3.4 Im unbeaufsichtigten Wassersportfahrzeug besteht Versicherungsschutz gegen Diebstahl, Einbruchdiebstahl sowie Mut- und Böswilligkeit Dritter (vorsätzliche Sachbeschädigung) nur, solange sich die Sachen in einem fest umschlossenen und durch Sicherheitsschloss gesicherten Innenraum (Kajüte, Backkiste o.ä.) des Wassersportfahrzeuges befinden. Pelze, Schmucksachen, Gegenstände aus Edelmetall sowie Foto- und Filmapparate jeweils mit Zubehör, sind im unbeaufsichtigten Wassersportfahrzeug nicht versichert.
- 2.3.5 Als Beaufsichtigung gilt nur die ständige Anwesenheit eines Versicherten oder einer von ihm beauftragten Vertrauensperson beim zu sichernden Objekt, nicht jedoch, z.B. die Bewachung eines zur allgemeinen Benutzung offen stehenden Platzes o.ä.
- 2.4 Versicherungsschutz bei Camping und Zelten
- 2.4.1 Werden Sachen unbeaufsichtigt (Ziffer 2.3.5) im Zelt oder Wohnwagen zurückgelassen, so besteht Versicherungsschutz für Schäden durch Diebstahl, Einbruchdiebstahl sowie Mut- oder Böswilligkeit Dritter (vorsätzliche Sachbeschädigung) nur, wenn
- 2.4.1.1 bei Zelten der Schaden nicht zwischen 22.00 und 6.00 Uhr eingetreten ist. Das Zelt ist mindestens zuzubinden oder zuzuknöpfen;
- 2.4.1.2 bei Wohnwagen dieser durch Verschluss ordnungsgemäß gesichert ist.
- Pelze, Schmucksachen und Gegenstände aus Edelmetall sind im unbeaufsichtigten Zelt oder Wohnwagen nicht versichert.
- 2.4.2 Foto- und Filmapparate jeweils mit Zubehör, Uhren, optische Geräte, Jagdwaffen, Radio- und Fernsehgeräte, jeweils mit Zubehör, sind nur versichert, solange sie
- 2.4.2.1 in persönlichem Gewahrsam sicher verwahrt mitgeführt werden oder
- 2.4.2.2 der Aufsicht des offiziellen Campingplatzes zur Aufbewahrung übergeben sind oder
- 2.4.2.3 sich in einem durch Verschluss ordnungsgemäß gesicherten Wohnwagen oder in einem fest umschlossenen und durch Verschluss gesicherten Kraftfahrzeug auf einem offiziellen Campingplatz befinden.
- 2.4.3 Sofern kein offizieller (von Behörden, Vereinen oder privaten Unternehmern eingerichteter) Campingplatz benutzt wird, sind Schäden durch Diebstahl, Einbruchdiebstahl, Raub, räuberische Erpressung, Mut- oder Böswilligkeit Dritter (vorsätzliche Sachbeschädigung) ausgeschlossen.
- 2.5 Beginn und Ende des Versicherungsschutzes, Geltungsbereich
- Der Versicherungsschutz beginnt mit dem Zeitpunkt, an dem zum Zwecke des unverzüglichen Antritts der versicherten Reise versicherte Sachen aus der ständigen Wohnung des Versicherten entfernt werden, und endet, sobald die versicherten Sachen dort wieder eintreffen. Wird bei Reisen im Kraftfahrzeug das Reisegepäck nicht unverzüglich nach der Ankunft vor der ständigen Wohnung entladen, so endet der Versicherungsschutz bereits mit dieser Ankunft.
- Fahrten, Gänge und Aufenthalte innerhalb des ständigen Wohnorts des Versicherten gelten nicht als Reisen.
- 2.6 Entschädigung
- 2.6.1 Im Versicherungsfall ersetzt die ARAG
- 2.6.1.1 für zerstörte oder abhanden gekommene Sachen ihren Versicherungswert zur Zeit des Schadeneintritts;
- 2.6.1.2 für beschädigte reparaturfähige Sachen die notwendigen Reparaturkosten und gegebenenfalls eine bleibende Wertminderung, höchstens jedoch den Versicherungswert;
- 2.6.1.3 für Filme, Bild-, Ton- und Datenträger nur den Materialwert;
- 2.6.1.4 für die Wiederbeschaffung von Personalausweisen, Reisepässen, Kraftfahrzeugpapieren und sonstigen Ausweispapieren die amtlichen Gebühren.
- 2.6.2 Vermögensfolgeschäden werden nicht ersetzt.
- 2.6.3 Als Versicherungswert gilt derjenige Betrag, der allgemein erforderlich ist, um neue Sachen gleicher Art und Güte am ständigen Wohnort des Versicherten anzuschaffen, abzüglich eines dem Zustand der versicherten Sachen (Alter, Abnutzung, Gebrauch etc.) entsprechenden Betrags (Zeitwert).
- 2.7 Ausschlüsse und begrenzt ersatzpflichtige Schäden
- 2.7.1 Ausgeschlossen sind die Gefahren
- 2.7.1.1 des Krieges, Bürgerkrieges, kriegsähnlicher Ereignisse oder innerer Unruhen;
- 2.7.1.2 der Kernenergie;
- 2.7.1.3 der Beschlagnahme, Entziehung oder sonstiger Eingriffe von hoher Hand.
- 2.7.2 Nicht ersatzpflichtige Schäden
- Die ARAG leistet keinen Ersatz für Schäden, die verursacht werden durch die natürliche oder mangelhafte Beschaffenheit der versicherten Sachen, Abnutzung oder Verschleiß, mangelhafte Verpackung oder mangelhaften Verschluss von Gepäckstücken.
- 2.7.3 Begrenzt ersatzpflichtige Schäden
- 2.7.3.1 Schäden an Pelzen, Schmucksachen und Gegenständen aus Edelmetall sowie an Foto- und Filmapparaten jeweils mit Zubehör (Ziffer 1.1 Abs. 5) werden je Versicherungsfall insgesamt mit höchstens 50 v. H. der Versicherungssumme ersetzt. Ziffer 2.3.3 und 2.3.4 bleiben unberührt.
- 2.7.3.2 Schäden
- 2.7.3.2.1 durch Verlieren (Ziffer 2.2.2);
- 2.7.3.2.2 an Geschenken und Reiseandenken, die auf der Reise erworben wurden, werden jeweils insgesamt mit bis zu 10 v. H. der Versicherungssumme je Versicherungsfall ersetzt.
- 2.8 Zahlung der Entschädigung und Verzinsung
- 2.8.1 Wenn die ARAG ihre Leistungspflicht dem Grunde und der Höhe nach festgestellt hat, erfolgt die Auszahlung der Entschädigung innerhalb von zwei Wochen. Der Versicherte kann einen Monat nach Meldung des Schadens den Betrag als Abschlagszahlung beanspruchen, der nach Lage der Sache mindestens zu zahlen ist.

- 2.8.2 Für die Verzinsung gilt, soweit nicht aus einem anderen Rechtsgrund eine weitergehende Zinspflicht besteht:

Die Entschädigung ist – soweit sie nicht innerhalb eines Monats nach Meldung des Schadens geleistet wird – seit Anzeige des Schadens zu verzinsen.

Der Zinssatz liegt 1 Prozentpunkt(e) unter dem jeweiligen Basiszinssatz des Bürgerlichen Gesetzbuches (§ 247 BGB), mindestens jedoch bei 4 Prozent und höchstens bei 6 Prozent Zinsen pro Jahr.

Die Zinsen werden zusammen mit der Entschädigung fällig.

Bei der Berechnung der Fristen ist der Zeitraum nicht zu berücksichtigen, in dem infolge Verschuldens des Versicherten die Entschädigung nicht ermittelt oder nicht gezahlt werden kann.

- 2.8.3 Die ARAG kann die Zahlung aufschieben, solange

2.8.3.1 Zweifel an der Empfangsberechtigung des Versicherten bestehen;

2.8.3.2 ein behördliches oder strafgerichtliches Verfahren gegen den Versicherten oder einen Repräsentanten aus Anlass dieses Versicherungsfalles noch läuft.

3. Versicherungssumme

Die Versicherungssumme beträgt für jeden versicherten Reiseteilnehmer € 2.500,-.

VII. Rechtsschutzversicherung

ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG

1. Gegenstand der Versicherung

Die ARAG Rechtsschutz erbringt die für die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen der Versicherten erforderlichen Leistungen im vereinbarten Umfang (Rechtsschutz).

Der Rechtsschutz wird nach Maßgabe der Vereinbarungen dieses Sportversicherungsvertrages, des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) sowie der sonstigen gesetzlichen Bestimmungen gewährt.

2. Inhalt des Versicherungsschutzes

- 2.1 Der Versicherungsschutz umfasst

2.1.1 Schadenersatz-Rechtsschutz

für die gerichtliche und außergerichtliche Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen wegen erlittener Personen-, Sach- und Vermögensschäden aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen gegenüber Dritten (als Dritte im Sinne dieser Bestimmungen gelten nicht Mitglieder des gleichen örtlichen Vereins, wohl aber Mitglieder anderer Vereine und Organisationen des lsb h, deren Funktionäre und Aufsichtspersonen sowie Personen, die nicht dem lsb h angehören);

nicht-versicherten natürlichen Personen, denen kraft Gesetzes aus der Tötung, der Verletzung des Körpers oder der Gesundheit einer nach diesem Vertrag versicherten natürlichen Person eigene Schadenersatzansprüche zustehen, wird für die Geltendmachung dieser Ansprüche Versicherungsschutz gewährt;

2.1.2 Straf-Rechtsschutz

für die Verteidigung in Verfahren wegen des Vorwurfes der Verletzung einer Vorschrift des Ordnungswidrigkeitenrechtes sowie der fahrlässigen Verletzung einer Vorschrift des Strafrechtes. Bei Ordnungswidrigkeiten ist auch vorsätzliches Handeln geschützt. Eingeschlossen sind jeweils bei Freiheitsstrafen sowie bei Geldstrafen und -bußen über € 250,- Gnaden-, Strafaussetzungs-, Strafaufschub- und Zahlungserleichterungsverfahren für insgesamt zwei Anträge je Versicherungsfall.

- 2.2 Für den lsb h und den Organisationen im lsb h selbst umfasst der Versicherungsschutz ferner

2.2.1 Arbeits-Rechtsschutz

für die gerichtliche und außergerichtliche Geltendmachung und Abwehr rechtlicher Ansprüche aus Arbeitsverhältnissen;

2.2.2 Sozialgerichts-Rechtsschutz

für die Geltendmachung und Abwehr von sozialrechtlichen Ansprüchen vor Sozialgerichten in Deutschland;

2.2.3 Vertrags-Rechtsschutz

für die gerichtliche Geltendmachung und Abwehr von Ansprüchen aus schuldrechtlichen Verträgen (einschließlich Miet- und Pachtverhältnissen sowie Verträgen über die Anmietung von Fahrzeugen für gemeinsame Fahrten) des lsb h und seiner Organisationen. Der Versicherungsschutz wird nur nach vorheriger Zustimmung des lsb h oder des zuständigen Fachverbandes gewährt.

- 2.3 Der Versicherungsschutz umfasst – abgesehen von 2.2.3 – nicht das Risiko aus dem Eigentum, Halten oder dem Lenken von Motorfahrzeugen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie Anhängern.

3. Allgemeine Risikoausschlüsse

- 3.1 Der Versicherungsschutz bezieht sich nicht auf die Wahrnehmung rechtlicher Interessen

3.1.1 die unmittelbar oder mittelbar im Zusammenhang mit Kriegsereignissen, feindseligen Handlungen, Aufruhr, inneren Unruhen, Streiks, Aussperrungen oder Erdbeben stehen;

3.1.2 die unmittelbar oder mittelbar im Zusammenhang mit Nuklearschäden durch Kernreaktoren oder mit genetischen Schäden aufgrund radioaktiver Strahlen stehen;

3.1.3 aus dem Bereich des Rechtes der Handelsgesellschaften, der Genossenschaften und der bergrechtlichen Gewerkschaften;

3.1.4 aus Anstellungsverträgen gesetzlicher Vertreter juristischer Personen;

3.1.5 aus dem Bereich des Patent- und Urheberrechtes, des Warenzeichen-, Geschmacksmuster- und Gebrauchsmusterrechtes und sonstigen Rechtes aus geistigem Eigentum sowie des Kartellrechtes und bei der Geltendmachung oder Abwehr von Unterlassungsansprüchen aus dem Bereich des Wettbewerbs-, des Rabatt- und des Zugaberechtes;

3.1.6 aus dem Bereich des Handelsvertreterrechtes;

3.1.7 aus Spiel- und Wettverträgen;

3.1.8 aus Bürgschafts-, Garantie-, Schuldübernahme- und Versicherungsverträgen aller Art;

3.1.9 aus dem Bereich des Familienrechtes und des Erbrechtes;

3.1.10 die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Planung, Errichtung oder genehmigungspflichtigen baulichen Veränderungen eines im Eigentum oder Besitz des Versicherungsnehmers befindlichen oder von diesem zu erwerbenden Grundstückes, Gebäudes oder Gebäudeteiles stehen;

3.1.11 aus Bergbauschäden an Grundstücken;

3.1.12 aus dem Bereich des Steuer- und sonstigen Abgaberechtes;

3.1.13 in Verfahren vor Verfassungsgerichten sowie vor internationalen und supranationalen Gerichtshöfen;

3.1.14 in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit;

3.1.15 im Zusammenhang mit einem über das Vermögen des Versicherten beantragten Konkurs- oder Vergleichsverfahren;

3.1.16 im Zusammenhang mit Planfeststellungs-, Flurbereinigungs-, Umliegungs- und Enteignungs-Angelegenheiten.

- 3.2 Ausgeschlossen vom Versicherungsschutz ist die Wahrnehmung rechtlicher Interessen

3.2.1 aufgrund von Versicherungsfällen, die der Versicherte vorsätzlich und rechtswidrig verursacht hat, es sei denn, dass es sich um Ordnungswidrigkeiten handelt;

3.2.2 aus Ansprüchen, die nach Eintritt des Versicherungsfalles auf den Versicherten übertragen worden sind;

3.2.3 aus Ansprüchen Dritter, die vom Versicherten im eigenen Namen geltend gemacht werden.

- 3.3 Wird dem Versicherten vorgeworfen,

3.3.1 eine Vorschrift des Strafrechtes verletzt zu haben, besteht nur dann Versicherungsschutz, wenn ihm ein Vergehen zur Last gelegt wird, das sowohl vorsätzlich als auch fahr-

lässig begangen werden kann. Versicherungsschutz besteht, solange dem Versicherten ein fahrlässiges Verhalten vorgeworfen wird oder wenn keine rechtskräftige Verurteilung wegen Vorsatzes erfolgt. Diese Regelung gilt auch für Rauschtaten (§ 323a Strafgesetzbuch), es sei denn, dass die im Rausch begangene, mit Strafe bedrohte Handlung ohne Rausch nur vorsätzlich begangen werden kann;

- 3.3.2 eine mit Strafe bedrohte Handlung begangen zu haben, die den Tatbestand der Verletzung einer verkehrsrechtlichen Vorschrift erfüllt, besteht nur dann kein Versicherungsschutz, wenn rechtskräftig festgestellt wird, dass der Versicherte die Straftat vorsätzlich begangen hat. Für Rauschtaten (§ 323a Strafgesetzbuch) besteht Versicherungsschutz auch dann nicht, wenn die im Rausch begangene Verletzung einer verkehrsrechtlichen Vorschrift nach der Begründung des rechtskräftigen Urteiles ohne Rausch eine mit Strafe bedrohte Handlung gewesen wäre, die nur vorsätzlich begangen werden kann.
- 3.4 Für Versicherungsfälle, die der ARAG Rechtsschutz später als drei Jahre nach Beendigung des Versicherungsvertrages für das betroffene Wagnis gemeldet werden, besteht kein Versicherungsschutz.

4. Eintritt des Versicherungsfalles

- 4.1 Bei Schadenersatzansprüchen aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen gilt als Versicherungsfall der Eintritt des dem Anspruch zugrunde liegenden Schadenereignisses. Als Schadenersatzansprüche aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen gelten nicht die Ansprüche auf die an die Stelle der Erfüllungsleistung tretende Ersatzleistung.
- 4.2 In den Fällen, in denen dem Versicherten die Verletzung einer Vorschrift des Straf-, Ordnungswidrigkeiten-, Disziplinar- oder Standesrechtes vorgeworfen wird, gilt der Versicherungsfall in dem Zeitpunkt als eingetreten, in dem der Versicherte begonnen hat oder begonnen haben soll, die Vorschrift zu verletzen. Bei Verfahren wegen Einschränkung, Entzuges oder Wiedererlangung der Fahrerlaubnis gilt das gleiche, soweit die Fahrerlaubnis im Zusammenhang mit der Verletzung einer Vorschrift des Straf- oder Ordnungswidrigkeitenrechtes eingeschränkt oder entzogen worden ist.
- 4.3 In allen übrigen Fällen gilt der Versicherungsfall in dem Zeitpunkt als eingetreten, in dem der Versicherte, der Gegner oder ein Dritter begonnen hat oder begonnen haben soll, gegen Rechtspflichten oder Rechtsvorschriften zu verstoßen. Bei mehreren Verstößen ist der erste adäquat ursächliche Verstoß maßgeblich, wobei tatsächliche oder behauptete Verstöße, die länger als ein Jahr vor Beginn des Versicherungsvertrages für das betroffene Wagnis zurückliegen, für die Feststellung des Versicherungsfalles außer Betracht bleiben. Liegt der tatsächliche oder behauptete Verstoß gegen Rechtspflichten oder Rechtsvorschriften innerhalb von drei Monaten nach Versicherungsbeginn oder löst eine Willenserklärung oder Rechtshandlung, die vor oder innerhalb von drei Monaten nach Versicherungsbeginn vorgenommen wird, den Versicherungsfall aus, besteht kein Versicherungsschutz.

5. Leistungsumfang

- 5.1 Die ARAG Rechtsschutz trägt
- 5.1.1 die gesetzliche Vergütung eines für den Versicherten tätigen Rechtsanwaltes. Dieser muss in den Fällen der Verteidigung wegen Verletzung einer Vorschrift des Straf-, Ordnungswidrigkeiten-, Disziplinar- oder Standesrechtes und der Wahrnehmung rechtlicher Interessen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland am Ort des zuständigen Gerichtes wohnhaft oder bei diesem Gericht zugelassen sein. In allen anderen Fällen ist es nicht erforderlich, dass der Rechtsanwalt am Ort des zuständigen Gerichtes wohnhaft oder bei diesem Gericht zugelassen ist; in diesen Fällen trägt die ARAG Rechtsschutz die gesetzliche Vergütung jedoch nur, soweit sie auch bei Tätigkeit eines am Ort des zuständigen Gerichtes wohnhaften oder bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwaltes entstanden wäre.

Wohnt der Versicherte mehr als 100 km vom zuständigen Gericht entfernt und erfolgt eine gerichtliche Wahrnehmung seiner Interessen, trägt die ARAG Rechtsschutz weitere Kosten für einen im Landgerichtsbezirk des Versicherten ansässigen Rechtsanwalt bis zur Höhe einer gesetzlichen Vergütung für einen zusätzlichen Rechtsanwalt, der lediglich den Verkehr mit dem Prozessbevollmächtigten führt, oder stattdessen in gleicher Höhe Reisekosten und Abwesenheitsgelder des für den Versicherten tätigen Rechtsanwaltes;

5.1.2 die Vergütung aus einer Honorarvereinbarung des Versicherten mit einem für ihn tätigen Rechtsanwalt, soweit die gesetzliche Vergütung, die ohne Honorarvereinbarung entstanden wäre, von der ARAG Rechtsschutz im Rahmen von 5.1.1 getragen werden müsste;

5.1.3 die Gerichtskosten einschließlich der Entschädigung für Zeugen und Sachverständige, die vom Gericht herangezogen werden, sowie die Kosten des Gerichtsvollziehers. In Schiedsverfahren einschließlich der Verfahren zur Erlangung eines vollstreckbaren Titels werden die Kosten des Schiedsgerichtes nur bis zur eineinhalbfachen Höhe der Kosten, die vor dem zuständigen staatlichen Gericht erster Instanz zu übernehmen wären, getragen;

5.1.4 die Kosten, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland vom Versicherten aufgewendet werden müssen, um einstweilen von Strafverfolgungsmaßnahmen verschont zu bleiben (Kautio / siehe Ziffer 6.1);

5.1.5 die dem Gegner bei der Wahrnehmung seiner rechtlichen Interessen entstandenen Kosten, soweit der Versicherte zu deren Erstattung verpflichtet ist;

5.1.6 die Kosten eigener und gegnerischer Nebenklagen;

5.1.7 alle erforderlichen Vorschüsse auf die Leistungen.

5.2 Die ARAG Rechtsschutz hat die Leistungen nach Absatz 5.1 zu erbringen, sobald der Versicherte wegen der Kosten in Anspruch genommen wird.

5.3 Die ARAG Rechtsschutz trägt nicht

5.3.1 die Kosten, die aufgrund einer gütlichen Erledigung, insbesondere eines Vergleiches, nicht dem Verhältnis des Obsiegens zum Unterliegen entsprechen oder deren Übernahme durch den Versicherten nach der Rechtslage nicht erforderlich ist;

5.3.2 die vereinbarte Selbstbeteiligung je Rechtsschutzfall (siehe Ziffer 6.2);

5.3.3 die Kosten der Zwangsvollstreckung für mehr als drei Anträge auf Vollstreckung oder Vollstreckungsabwehr je Vollstreckungstitel und die Kosten für solche Anträge, soweit diese später als fünf Jahre nach Rechtskraft des Vollstreckungstitels gestellt werden;

5.3.4 die Kosten, zu deren Übernahme ein Dritter aufgrund anderer als unterhaltsrechtlicher Vorschriften verpflichtet ist, soweit keine Erstattungsansprüche auf die ARAG Rechtsschutz übergegangen sind oder der Versicherte nicht nachweist, dass er den Dritten vergeblich schriftlich zur Zahlung aufgefordert hat;

5.3.5 die Kosten, zu deren Übernahme ein Dritter verpflichtet wäre, wenn keine Rechtsschutzversicherung bestünde;

5.3.6 die Kosten, soweit der Versicherte zu deren Übernahme nur deshalb verpflichtet ist, weil der Gegner Forderungen durch Widerklage geltend macht oder zur Aufrechnung stellt, für deren Abwehr entweder nach diesen Bedingungen kein Versicherungsschutz zu gewähren ist oder ein Dritter die Kosten zu tragen hat, die dem Versicherten entstehen.

5.4 Für die Leistungen der ARAG Rechtsschutz bildet die vereinbarte Versicherungssumme (siehe Ziffer 6.1) die Höchstgrenze bei jedem Versicherungsfall, wobei die Leistungen für die Versicherten zusammengerechnet werden. Das gleiche gilt für Leistungen aufgrund mehrerer Versicherungsfälle, die zeitlich und ursächlich zusammenhängen. Übersteigen die Kosten voraussichtlich die Versicherungssumme, ist die ARAG Rechtsschutz berechtigt, die Versicherungssumme unter Anrechnung der bereits geleisteten Beträge zu hinterlegen oder an die Versicherten zu zahlen.

6. Versicherungssumme; Strafkautio; Selbstbeteiligung

6.1 Die Höchstgrenze für die Leistungen nach Ziffer 5. beträgt je Rechtsschutzfall € 75.000,- (Versicherungssumme). Für (Straf-)Kautio nach Ziffer 5.1.4 werden darlehensweise bis zu € 25.000,- zur Verfügung gestellt.

6.2 Selbstbeteiligung

6.2.1 Je Rechtsschutzfall wird auf die erstattungsfähigen Kosten eine Selbstbeteiligung von € 250,- angerechnet.

6.2.2 Eine Selbstbeteiligung entfällt, wenn

6.2.2.1 die Mitgliedsorganisation/der Versicherte von der ARAG Rechtsschutz die Auswahl des zu beauftragenden Rechtsanwaltes verlangt;

- 6.2.2.2 die ARAG Rechtsschutz daraufhin einen Rechtsanwalt benennt und dieser die Interessen der Mitgliedsorganisation/des Versicherten wahrnimmt.

7. Örtlicher Geltungsbereich

Versicherungsschutz wird gewährt für Versicherungsfälle, die in Europa und den außereuropäischen Anliegerstaaten des Mittelmeeres eintreten, soweit für die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen des Versicherten der Gerichtsstand in diesem Gebiet gegeben ist.

8. Benennung und Beauftragung des Rechtsanwaltes

- 8.1 Der Versicherte hat das Recht der freien Anwaltswahl, d.h. er kann den Rechtsanwalt seines Vertrauens, der bei dem zuständigen Gericht zugelassen und dort wohnhaft ist, selbst wählen.
- 8.2 Der Versicherte kann aber auch verlangen, dass die ARAG Rechtsschutz einen solchen Rechtsanwalt bestimmt.
- 8.3 Die ARAG Rechtsschutz muss ihrerseits einen Rechtsanwalt bestimmen, wenn der Versicherte keinen Rechtsanwalt benannt hat und die Beauftragung eines Rechtsanwaltes im Interesse des Versicherten notwendig ist.
- 8.4 Der Rechtsanwalt wird durch die ARAG Rechtsschutz namens und im Auftrage des Versicherten beauftragt.
- 8.5 Beauftragt der Versicherte selbst einen Rechtsanwalt, für den die ARAG Rechtsschutz gemäß Ziffer 5.1.1 die gesetzliche Vergütung zu tragen hätte, ist die ARAG Rechtsschutz von der Verpflichtung zur Leistung frei, wenn sie nicht unverzüglich von dieser Beauftragung unterrichtet wird und gleichzeitig die Verpflichtungen gemäß Abschnitt C. II. 5.1 erfüllt werden. Abschnitt C. III. gilt entsprechend.
- 8.6 Der Rechtsanwalt trägt dem Versicherten gegenüber die Verantwortung für die Durchführung seines Auftrages. Die ARAG Rechtsschutz ist für die Tätigkeit des Rechtsanwaltes nicht verantwortlich.

9. Prüfung der Erfolgsaussichten

- 9.1 Ist die ARAG Rechtsschutz der Auffassung, dass die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen des Versicherten keine hinreichende Aussicht auf Erfolg bietet oder mutwillig erscheint, kann sie ihre Leistungspflicht verneinen. Dies hat sie dem Versicherten unter Angabe der Gründe unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Wird dem Versicherten die Verletzung einer Vorschrift des Straf- oder Ordnungswidrigkeitenrechts vorgeworfen, prüft die ARAG Rechtsschutz die Erfolgsaussichten der Verteidigung in den Tatsacheninstanzen nicht.
- 9.2 Hat die ARAG Rechtsschutz ihre Leistungspflicht gemäß Absatz 9.1 verneint und stimmt der Versicherte der Auffassung der ARAG Rechtsschutz nicht zu, kann der Versicherte den für ihn tätigen oder noch zu beauftragenden Rechtsanwalt auf Kosten der ARAG Rechtsschutz veranlassen, diesem gegenüber eine begründete Stellungnahme darüber abzugeben, dass die Wahrnehmung seiner rechtlichen Interessen hinreichende Aussicht auf Erfolg bietet und nicht mutwillig erscheint. Die Entscheidung des Rechtsanwaltes ist für beide Teile bindend, es sei denn, dass sie offenbar von der wirklichen Sach- oder Rechtslage erheblich abweicht.
- 9.3 Die ARAG Rechtsschutz kann dem Versicherten eine Frist von mindestens einem Monat setzen, binnen der der Versicherte den Rechtsanwalt vollständig und wahrheitsgemäß über die Sachlage zu unterrichten und die Beweismittel anzugeben hat, damit dieser die Stellungnahme gemäß Absatz 9.2 abgeben kann. Kommt der Versicherte dieser Verpflichtung nicht innerhalb der von der ARAG Rechtsschutz gesetzten Frist nach, entfällt der Versicherungsschutz. Die ARAG Rechtsschutz ist verpflichtet, den Versicherten ausdrücklich auf die mit dem Fristablauf verbundene Rechtsfolge hinzuweisen.

10. Abtretung, Erstattung von Kosten und Versicherungsleistungen

- 10.1 Versicherungsansprüche können, solange sie nicht dem Grunde und der Höhe nach endgültig festgestellt sind, weder abgetreten noch verpfändet werden, es sei denn, dass sich die ARAG Rechtsschutz hiermit schriftlich einverstanden erklärt.
- 10.2 Ansprüche des Versicherten auf Erstattung von Beträgen, die die ARAG Rechtsschutz für ihn geleistet hat, gehen mit ihrer Entstehung auf die ARAG Rechtsschutz über. Bereits an den Versicherten zurückgezahlte Beträge sind der ARAG Rechtsschutz zu erstatten.

- 10.3 Der Versicherte hat die ARAG Rechtsschutz bei der Geltendmachung eines auf ihn übergegangenen Kostenerstattungsanspruches gegen einen Dritten zu unterstützen. Er hat ihr insbesondere auf Anforderung die zum Nachweis des Forderungsüberganges benötigten Beweismittel auszuhändigen.

- 10.4 Wird der Versicherte wegen vorsätzlicher Verletzung einer Vorschrift des Strafrechtes rechtskräftig verurteilt und ist der Versicherungsschutz deshalb gemäß Ziffer 3.3 ausgeschlossen, ist der Versicherte zur Rückzahlung der Leistungen verpflichtet, die die ARAG Rechtsschutz für ihn erbracht hat, nachdem dem Versicherten ein vorsätzliches Verhalten zur Last gelegt wurde. Zur Rückzahlung der von der ARAG gemäß Ziffer 5.1.4 erbrachten Leistungen (Kautions) ist der Versicherte verpflichtet, soweit diese Leistungen als Strafe, Geldbuße oder als Sicherheit für die Durchsetzung der gegen den Versicherten erhobenen Schadenersatzansprüche einbehalten werden oder wenn die Kautions verfällt.

VIII. Krankenversicherung EUROPA Krankenversicherung AG

1. Gegenstand der Versicherung

- 1.1 Die EUROPA Kranken gewährt Versicherungsschutz für Unfälle, Krankheiten und andere im Vertrag genannte Ereignisse (Versicherungsfall), von denen die Versicherten während der versicherten Veranstaltungen und Tätigkeiten gemäß A. I. und A. II. betroffen werden.
- 1.2 Versicherungsfall ist die medizinisch notwendige Heilbehandlung einer versicherten Person wegen Krankheit oder Unfallfolgen. Der Versicherungsfall beginnt mit der Heilbehandlung; er endet, wenn nach medizinischem Befund die Behandlungsbedürftigkeit nicht mehr besteht. Als Versicherungsfall gilt auch Tod.
- 1.3 Ansprüche auf Leistungen bestehen erst nach Vorleistung anderer Leistungsträger (z.B. gesetzliche oder private Kranken- oder Unfallversicherungen, Beihilfeeinrichtungen, Träger der Sozialhilfe).
- 1.4 Die Kosten für die Heilbehandlung werden für die Dauer bis zu zwei Jahren – vom Beginn der Krankheit bzw. vom Tag des Unfalls an gerechnet – erstattet. Diese Frist wird bei Kindern und Jugendlichen bei Verlust von Zähnen infolge eines Unfalls bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres verlängert.

2. Leistungen

Die EUROPA Kranken erstattet die Kosten für

- 2.1 den notwendigen Ersatz natürlicher oder künstlicher Zähne bei freier Materialwahl durch den Versicherten. Erstattet werden die Kosten für zahnärztliche Leistungen, einschließlich Material- und Laborleistungen nach Maßgabe der jeweils gültigen Gebührenordnungen für Zahnärzte und Ärzte bis zu den dort festgelegten Höchstsätzen, mit 40% des Rechnungsbetrages, höchstens jedoch bis zu einer Versicherungssumme von € 2.550,- pro Sportunfall;
- 2.2 Gestelle und Gläser ärztlich verordneter Brillen, Kontaktlinsen und Sportbrillen sowie Hörgeräte, bis zum Höchstbetrag von € 55,- je Schadenfall;
- 2.3 andere Hilfsmittel in einfacher Ausfertigung bis zu einer Summe von € 2.550,- je Schadenfall; Hilfsmittel sind technische Mittel oder Körperersatzstücke, die Behinderungen, Krankheits- oder Unfallfolgen mildern oder ausgleichen sollen, ausgenommen Heilapparate und sonstige sanitäre oder medizinisch/technische Bedarfsartikel;
- 2.4 die Rückbeförderung einer reiseunfähig erkrankten versicherten Person in den Heimatort, soweit sie über die planmäßig vorgesehenen Rückreisekosten hinausgehen;
- 2.5 die Überführung einer verstorbenen Person in den Heimatort.
- 2.6 Bei Unfällen oder akut auftretenden Krankheiten während eines Auslandsaufenthaltes erstattet die EUROPA Kranken auch die Kosten ambulanter und stationärer Behandlungen (einschl. Arzneimittel und Fahrten zum nächsterreichbaren Arzt oder Krankenhaus mit den örtlich für Krankentransporte üblichen Beförderungsmitteln) sowie für schmerzstillende Zahnbehandlung und Zahnfüllungen in einfacher Ausführung.
- 2.7 Fahrtkosten zum nächsterreichbaren Arzt oder Krankenhaus bis zu € 10,30 je Transport.

3. Einschränkung der Leistungspflicht

Eine Leistungspflicht der EUROPA Kranken besteht nicht:

- 3.1 für Krankheiten und Unfälle, die auf Kriegereignisse, auf aktive Teilnahme an Unruhen, auf Vorsatz, auf schuldhafte Beteiligung an Schlägereien oder Raufhändeln oder auf Sucht zurückzuführen sind;
- 3.2 für Impfungen, ärztliche Gutachten und Atteste, Pflegepersonal;
- 3.3 für Kurbehandlungen;
- 3.4 für Hypnose und Psychotherapie;
- 3.5 für Behandlungen durch Ehegatten und Lebenspartner gemäß § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes, Eltern und Kinder; Sachkosten werden erstattet.

4. Auszahlung der Leistungen

- 4.1 Die EUROPA Kranken ist zur Leistung nur verpflichtet, wenn die von ihr geforderten Nachweise erbracht sind; diese werden Eigentum der EUROPA Kranken.
- 4.2 Die EUROPA Kranken ist durch den Versicherungsnehmer ermächtigt an die versicherte Person zu leisten.
- 4.3 Im Übrigen ergeben sich die Voraussetzungen für die Fälligkeit der Leistungen des Versicherers aus § 14 VVG.
- 4.4 Die Belege müssen in Urschrift vorgelegt werden und spezifiziert sein, insbesondere den Namen der behandelten Person, die Bezeichnung der Krankheit, die Behandlungstage und nach Möglichkeit die Honorare für die einzelnen Behandlungen enthalten.
- 4.5 Der Anspruch auf Überführungskosten ist durch Kostenbelege und eine amtliche Sterbeurkunde zu belegen.
- 4.6 Der Anspruch auf Rücktransportkosten ist durch Vorlage eines ärztlichen Attestes mit Angabe der Krankheitsbezeichnung zu begründen.
- 4.7 Die in einer Fremdwährung entstandenen Kosten werden zum Kurs des Tages der Rechnungsausstellung in Euro umgerechnet. Als Kurs des Tages gilt für gehandelte Währungen der offizielle Euro-Wechselkurs der Europäischen Zentralbank. Für nicht gehandelte Währungen, für die keine Referenzkurse festgelegt werden, gilt der Kurs gemäß „Devisenkursstatistik“, Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank, Frankfurt/Main, nach jeweils neuestem Stand, es sei denn, es wird durch Bankbelege nachgewiesen, dass die zur Bezahlung der Rechnungen notwendigen Devisen zu einem ungünstigeren Kurs erworben wurden.

C. Gemeinsame Bestimmungen für alle Versicherungszweige

I. Anzeigen und Willenserklärungen

Die Versicherten haben den Eintritt eines Versicherungsfalles, nachdem sie davon Kenntnis erlangt haben, den Versicherern unverzüglich, spätestens innerhalb einer Woche, anzuzeigen.

Alle für die Versicherer bestimmten Anzeigen und Erklärungen sollen an das Versicherungsbüro beim Isb h oder an die Hauptverwaltung des jeweiligen Versicherers gerichtet werden. Sie sollen in Textform erfolgen.

Die Mitwirkung der Versicherten ist Voraussetzung, dass die Versicherer ihre Leistung erbringen können.

II. Schadenmeldung und Obliegenheiten

1. Unfallversicherung

- 1.1 Nach einem Unfall, der voraussichtlich eine Leistungspflicht herbeiführt, muss unverzüglich ein Arzt hinzugezogen werden. Seine Anordnungen müssen befolgt und die ARAG unterrichtet werden.
- 1.2 Die von der ARAG übersandte Unfallanzeige muss wahrheitsgemäß ausgefüllt und unverzüglich zurück gesandt werden; von der ARAG darüber hinaus geforderte sachdienliche Auskünfte müssen in gleicher Weise erteilt werden.
- 1.3 Werden Ärzte von der ARAG beauftragt, muss sich die versicherte Person auch von diesen untersuchen lassen. Die notwendigen Kosten einschließlich eines dadurch entstandenen Verdienstausfalls trägt die ARAG.

1.4 Die Ärzte, die die versicherte Person – auch aus anderen Anlässen – behandelt oder untersucht haben, andere Versicherer, Versicherungsträger und Behörden sind zu ermächtigen, alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

1.5 Die versicherte Person kann Leistungen aus der Unfallversicherung ohne Zustimmung des Versicherungsnehmers unmittelbar bei der ARAG geltend machen. Der Versicherer leistet direkt an die versicherte Person.

2. Haftpflichtversicherung, Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung und Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung

Versicherungsfall im Sinne dieses Vertrages ist das Schadenereignis, das Haftpflichtansprüche gegen die Versicherten zur Folge haben könnte.

In der Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung ist der Versicherungsfall im Sinne dieses Vertrages der Verstoß, der Haftpflichtansprüche gegen die Versicherten zur Folge haben könnte.

2.1 Wird ein Ermittlungsverfahren eingeleitet oder ein Strafbefehl oder ein Mahnbescheid erlassen, so hat der Versicherte der ARAG unverzüglich Anzeige zu erstatten, auch wenn er den Versicherungsfall selbst bereits angezeigt hat.

Macht der Geschädigte seinen Anspruch gegenüber dem Versicherten geltend, so ist dieser zur Anzeige innerhalb einer Woche nach der Erhebung des Anspruchs verpflichtet.

Wird gegen den Versicherten ein Anspruch gerichtlich geltend gemacht, die Prozesskostenhilfe beantragt oder wird ihm gerichtlich der Streit verkündet, so hat er außerdem unverzüglich Anzeige zu erstatten. Das gleiche gilt im Falle eines Arrestes, einer einstweiligen Verfügung oder eines Beweissicherungsverfahrens.

2.2 Der Versicherte ist verpflichtet, unter Beachtung der Weisungen der ARAG, nach Möglichkeit für die Abwendung und Minderung des Schadens zu sorgen und alles zu tun, was zur Klarstellung des Schadenfalls dient, sofern ihm dabei nichts Unbilliges zugemutet wird. Er hat die ARAG bei der Abwehr des Schadens sowie bei der Schadenermittlung und -regulierung zu unterstützen, ihr ausführliche und wahrheitsgemäße Schadenberichte zu erstatten, alle Tatumstände, welche auf den Schadenfall Bezug haben, mitzuteilen und alle nach Ansicht der ARAG für die Beurteilung des Schadenfalls erheblichen Schriftstücke einzusenden.

2.3 Kommt es zum Prozess über den Haftpflichtanspruch, so hat der Versicherte die Prozessführung der ARAG zu überlassen, dem von der ARAG bestellten oder bezeichneten Anwalt Vollmacht und alle von diesem oder der ARAG für nötig erachteten Aufklärungen zu geben. Gegen Mahnbescheide oder Verfügungen von Verwaltungsbehörden auf Schadenersatz hat er, ohne die Weisung der ARAG abzuwarten, fristgemäß Widerspruch zu erheben oder die erforderlichen Rechtsbehelfe zu ergreifen.

2.4 Anerkenntnisse und Vergleiche, die von den Versicherten ohne Zustimmung der ARAG abgegeben oder geschlossen worden sind, binden die ARAG nur, soweit der Anspruch auch ohne Anerkenntnis oder Vergleich bestanden hätte.

2.5 Wenn der Versicherte infolge veränderter Verhältnisse das Recht erlangt, die Aufhebung oder Minderung einer zu zahlenden Rente zu fordern, so ist er verpflichtet, dieses Recht auf seinen Namen von der ARAG ausüben zu lassen. Die Bestimmungen unter Ziffer 2.2 – 2.4 finden entsprechende Anwendung.

2.6 Die ARAG gilt als bevollmächtigt, alle zur Beilegung oder Abwehr des Anspruchs ihr zweckmäßig erscheinenden Erklärungen im Namen der Versicherten abzugeben.

3. Vertrauensschadenversicherung

Der Versicherte ist verpflichtet,

3.1 alle Wagnispersonen bei der Einstellung mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns auf ihre Vertrauenswürdigkeit zu prüfen. Hierzu ist erforderlich, dass sich die versicherte Mitgliedsorganisation einen lückenlosen Tätigkeitsnachweis für die letzten drei Jahre erbringen lässt und sich bei unbenannt einzuschließenden Wagnispersonen anhand der Zeugnisse dieses Zeitraums oder durch Rückfragen bei den Arbeitgebern/Vorarbeitgebern über die Vertrauenswürdigkeit vergewissert;

3.2 der ARAG unverzüglich nach erhaltener Kenntnis schriftlich anzuzeigen

3.2.1 jedes Vorkommnis, das sich nach Klärung des Tatbestandes als Versicherungsfall erweisen könnte,

3.2.2 jeden Versicherungsfall,

und zwar auch dann, wenn er keine Entschädigungsansprüche geltend machen kann oder will;

- 3.3 auf Verlangen der ARAG schriftlich zu bestätigen, dass der versicherte Mitgliedsorganisation aufgrund eines Versicherungsfalles zustehende Schadenersatzanspruch gegen die Wagnisperson oder einen anderen Dritten nach Maßgabe des § 86 des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) auf die ARAG übergegangen ist, soweit diese der versicherten Mitgliedsorganisation den Schaden ersetzt hat. Soweit Rechte, die zur Sicherung von Schadenersatzansprüchen eingeräumt worden sind, nicht kraft Gesetzes übergehen, hat die versicherte Mitgliedsorganisation sie der ARAG zu übertragen.

Die ARAG macht von den auf sie übergegangenen bzw. ihr übertragenen Rechten keinen Gebrauch gegen Versicherte, bei denen ein Versicherungsfall gemäß Abschnitt B. V. 2.2 eingetreten ist;

- 3.4 jeden Versicherungsfall gemäß Abschnitt B. V. 2.2 der Polizei unverzüglich anzuzeigen;
- 3.5 vor Abtretung von Ansprüchen aus dem Versicherungsvertrag zuvor die schriftliche Einwilligung des Versicherers einzuholen;
- 3.6 für Transporte außerhalb der Geschäftsräume der Versicherten nur Wagnispersonen im Alter von mehr als 18 und weniger als 65 Jahre einzusetzen, die im Vollbesitz ihrer körperlichen und geistigen Kräfte sind.

4. Reisegepäckversicherung

- 4.1 Der Versicherungsnehmer oder Versicherte hat

4.1.1 Schäden nach Möglichkeit abzuwenden und zu mindern, insbesondere Ersatzansprüche gegen Dritte (z. B. Bahn, Post, Reederei, Fluggesellschaft, Gastwirt) form- und fristgerecht geltend zu machen oder auf andere Weise sicherzustellen und Weisungen des Versicherers zu beachten;

4.1.2 alles zu tun, was zur Aufklärung des Tatbestandes dienlich sein kann. Er hat alle Belege, die den Entschädigungsanspruch nach Grund und Höhe beweisen, einzureichen, soweit ihre Beschaffung ihm billigerweise zugemutet werden kann, und auf Verlangen ein Verzeichnis über alle bei Eintritt des Schadens gemäß Abschnitt VI. Ziffer 1. versicherten Sachen vorzulegen.

- 4.2 Schäden, die im Gewahrsam eines Beförderungsunternehmens (einschließlich Schäden durch nicht fristgerechte Auslieferung gemäß Abschnitt VI. Ziffer 2.3) oder Beherbergungsbetriebes eingetreten sind, müssen diesen unverzüglich gemeldet werden. Dem Versicherer ist hierüber eine Bescheinigung einzureichen. Bei äußerlich nicht erkennbaren Schäden ist das Beförderungsunternehmen unverzüglich nach der Entdeckung aufzufordern, den Schaden zu besichtigen und zu bescheinigen. Hierbei sind die jeweiligen Reklamationsfristen zu berücksichtigen.

- 4.3 Schäden durch strafbare Handlungen (z.B. Diebstahl, Raub, vorsätzliche Sachbeschädigung) sind außerdem unverzüglich der zuständigen Polizeidienststelle unter Einreichung einer Liste aller in Verlust geratenen Sachen anzuzeigen. Der Versicherte hat sich dies polizeilich bescheinigen zu lassen. Bei Schäden durch Verlieren hat der Versicherte Nachforschungen beim Fundbüro anzustellen.

5. Rechtsschutzversicherung

Obliegenheiten nach dem Versicherungsfall

- 5.1 Begehrt der Versicherte Versicherungsschutz, hat er

5.1.1 die ARAG Rechtsschutz unverzüglich vollständig und wahrheitsgemäß über sämtliche Umstände des Versicherungsfalles zu unterrichten sowie Beweismittel und Unterlagen anzugeben und auf Verlangen zur Verfügung zu stellen;

5.1.2 dem mit der Wahrnehmung seiner Interessen beauftragten Rechtsanwalt Vollmacht zu erteilen sowie diesen vollständig und wahrheitsgemäß über die Sachlage zu unterrichten, ihm die Beweismittel anzugeben, die möglichen Auskünfte zu erteilen und die notwendigen Unterlagen zu beschaffen;

5.1.3 der ARAG Rechtsschutz auf Verlangen Auskunft über den Stand des Verfahrens zu geben und gegebenenfalls die erforderlichen Maßnahmen zur weiteren Aufklärung des Sachverhaltes zu ergreifen;

5.1.4 soweit seine Interessen nicht unbillig beeinträchtigt werden,

5.1.4.1 vorab nur einen angemessenen Teil der Ansprüche einzuklagen und die etwa nötige gerichtliche Geltendmachung der restlichen Ansprüche bis zur Rechtskraft der Entscheidung über die Teilansprüche zurückzustellen;

5.1.4.2 vor Klageerhebung die Rechtskraft eines anderen gerichtlichen Verfahrens aufgrund desselben Versicherungsfalles abzuwarten, das tatsächliche oder rechtliche Bedeutung für den beabsichtigten Rechtsstreit haben kann;

5.1.4.3 Maßnahmen, die Kosten auslösen, insbesondere Erhebung von Klagen und Einlegung von Rechtsmitteln mit der ARAG Rechtsschutz abzustimmen und alles zu vermeiden, was eine unnötige Erhöhung der Kosten oder eine Erschwerung ihrer Erstattung durch die Gegenseite verursachen könnte;

5.1.5 der ARAG Rechtsschutz unverzüglich alle ihr zugegangenen Kostenrechnungen von Rechtsanwältinnen, Sachverständigen und Gerichten vorzulegen.

5.2 Die Folgen der Verletzung einer der in 5.1 genannten Obliegenheiten ergeben sich aus Abschnitt C. III. dieses Vertrages.

6. Krankenversicherung

- 6.1 Obliegenheiten nach dem Versicherungsfall

6.1.1 Der Versicherte hat auf Verlangen der EUROPA Kranken jede Auskunft zu erteilen oder zu ermöglichen, die zur Feststellung des Versicherungsfalles oder der Leistungspflicht erforderlich ist.

6.1.2 Die Kenntnis und das Verschulden der versicherten Person stehen der Kenntnis und dem Verschulden des Versicherungsnehmers gleich.

- 6.2 Abtretung und Aufrechnung von Ansprüchen

6.2.1 Steht dem Versicherungsnehmer oder einer versicherten Person ein Schadenersatzanspruch nichtversicherungsrechtlicher Art gegen einen Dritten zu, so geht der Anspruch auf die EUROPA Kranken über, soweit diese dem Versicherungsnehmer oder der versicherten Person Erstattung gewährt hat (vgl. § 86 VVG).

6.2.2 Gibt der Versicherungsnehmer oder eine versicherte Person einen Anspruch gegen Dritte oder ein zur Sicherung des Anspruchs dienendes Recht ohne Zustimmung der EUROPA Kranken auf, so wird die EUROPA Kranken insoweit von der Ersatzpflicht frei, als sie aus dem Anspruch oder dem Recht hätte Ersatz verlangen können.

Soweit der Versicherungsnehmer oder eine versicherte Person von schadenersatzpflichtigen Dritten oder aus anderen Rechtsverhältnissen Ersatz der ihnen entstandenen Kosten erhalten haben, ist die EUROPA Kranken berechtigt, den Ersatz auf ihre Leistungen anzurechnen.

6.2.3 Die Ansprüche auf Versicherungsleistungen können von dem Versicherungsnehmer oder der versicherten Person weder verpfändet noch abgetreten werden.

III. Folgen von Obliegenheitsverletzungen (alle Versicherungsweige)

Soweit im Abschnitt II. zu den einzelnen Versicherungszweigen nichts anderes geregelt ist, gilt Folgendes:

1.1 Der vollständige oder teilweise Wegfall des Versicherungsschutzes hat bei Verletzung einer nach Eintritt des Versicherungsfalles bestehenden Auskunfts- oder Aufklärungsobliegenheit zur Voraussetzung, dass der jeweilige Versicherer den Versicherten durch gesonderte Mitteilung in Textform auf diese Rechtsfolge hingewiesen hat.

1.2 Wird eine Obliegenheit aus diesem Vertrag vorsätzlich verletzt, verliert der Versicherte seinen Versicherungsschutz. Bei grob fahrlässiger Verletzung einer Obliegenheit ist der jeweilige Versicherer berechtigt, seine Leistung in einem der Schwere des Verschuldens des Versicherten entsprechenden Verhältnis zu kürzen.

1.3 Weist der Versicherte nach, dass er die Obliegenheit nicht grob fahrlässig verletzt hat, bleibt der Versicherungsschutz bestehen.

1.4 Der Versicherungsschutz bleibt auch bestehen, wenn der Versicherte nachweist, dass die Verletzung der Obliegenheit weder für den Eintritt oder die Feststellung des Versicherungsfalles noch für die Feststellung oder den Umfang der dem jeweiligen Versicherer obliegenden Leistung ursächlich war. Das gilt nicht, wenn der Versicherte die Obliegenheit arglistig verletzt hat.

IV. Verjährungsfrist, Gerichtsstand, nationales Recht und Sprache

1. Verjährung

- 1.1 Die Ansprüche aus diesem Versicherungsvertrag verjähren in drei Jahren. Die Fristberechnung richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches.
- 1.2 Ist ein Anspruch aus dem Versicherungsvertrag bei dem jeweiligen Versicherer angemeldet worden, so ist die Verjährung von der Anmeldung bis zu dem Zeitpunkt gehemmt, zu dem die Entscheidung des jeweiligen Versicherers dem Versicherten in Textform zugeht.

2. Gerichtsstand/zuständiges Gericht

- 2.1 Für Klagen aus dem Versicherungsvertrag ist neben den Gerichtsständen der Zivilprozessordnung (ZPO) auch das Gericht zuständig, in dessen Bezirk der Isb h seinen Sitz bzw. der Versicherte zur Zeit der Klageerhebung seinen Wohnsitz, in Ermangelung eines solchen, seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.
- 2.2 Für Klagen aus dem Versicherungsvertrag gegen den Isb h bzw. den Versicherten ist ausschließlich das Gericht örtlich zuständig, in dessen Bezirk der Isb h seinen Sitz bzw. der Versicherte zur Zeit der Klageerhebung seinen Wohnsitz, in Ermangelung eines solchen, seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

3. Anzuwendendes Recht

Für diesen Vertrag gilt deutsches Recht. Die Vertragssprache ist Deutsch.

D. Wichtige Zusatzversicherungen

I. Versicherungsschutz für Nichtmitglieder

Viele Vereine bieten heute spezielle Sportkurse oder Sportprogramme an. Das Kursangebot ist breit gefächert; Gymnastik- oder Fitness-Programme gehören zu den häufigsten Veranstaltungsformen. Fast immer nehmen auch Nichtmitglieder an diesen Sportveranstaltungen teil.

Der Isb h hat für Nichtmitglieder, die an folgenden speziellen Maßnahmen

- G.U.T.-Kurse
- Projekt MUMM50
- Vorbereitung auf das Deutsche Sportabzeichen einschließlich der Abnahme

teilnehmen, Versicherungsschutz im Rahmen einer Zusatzversicherung zur Sportversicherung abgeschlossen.

Darüber hinaus besteht für Nichtmitglieder allerdings kein Versicherungsschutz im Rahmen der Sportversicherung des Isb h. Der Versicherungsschutz für diesen Personenkreis kann vom Verein jedoch ohne große Mühe beim Versicherungsbüro abgeschlossen werden.

→ **Ein Antrag, auf dem auch der Versicherungsschutz näher beschrieben ist, wird den betreffenden Vereinen vom Versicherungsbüro beim Isb h zur Verfügung gestellt.**

II. Kfz-Zusatzversicherung mit Rechtsschutz

Zur Durchführung des Sportbetriebes gehört auch die Beförderung von Personen zu und von Veranstaltungen, an denen sie in ihrer Funktion und im Auftrag des Vereins teilzunehmen haben. In der Regel übernehmen dies Mitglieder, Freunde oder Gönner des Vereins mit ihren privaten Pkw. Was aber, wenn unterwegs ein Unfallschaden an den Fahrzeugen eintritt? Wenn das Fahrzeug geborgen und abgeschleppt werden muss oder ein Unfall zu einem Rechtsstreit führt?

Jeder Verein sollte darauf vorbereitet sein und dafür sorgen, dass die Fahrzeuge dann optimal versichert sind.

Die ARAG Sportversicherung bietet allen Vereinen und Verbänden daher die Kfz-Zusatzversicherung mit Rechtsschutz.

→ **Antragsformulare erhalten Sie beim Versicherungsbüro.**

III. Reiseversicherungen

Für Reisen bzw. Fahrtveranstaltungen, zu denen ein besonderer Versicherungsschutz beantragt werden muss, liegt ein Reiseversicherungsangebot für den Isb h, die Sportjugend, Fachverbände, Vereine sowie Reiseteilnehmer bereit, das beim Versicherungsbüro angefordert werden kann.

Besonderer Versicherungsschutz muss abgeschlossen werden, wenn der Verein oder Fachverband als Reiseveranstalter aufgrund der bestehenden Gesetzesvorschriften des § 651 k BGB tätig wird, d.h. es müssen u.a. mindestens zwei Einzelleistungen erbracht werden, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind und üblicherweise auch von einem kommerziellen Reiseveranstalter geleistet werden, z.B. die Anmietung von Transportmitteln, Unterkünften, Verpflegung.

Für die Reiseteilnehmer kann die Kombination der Haftpflicht- und Unfallversicherung und zusätzlich noch eine Reisegepäckversicherung oder bei Auslandsreisen auch eine Auslandsreise-Krankenversicherung abgeschlossen werden.

→ **Das Versicherungsbüro beim Isb h steht für Auskünfte und eine Beratung zur Verfügung.**

IV. Veranstaltungsversicherungen

Nationale und internationale Meisterschaften werden von dem entsprechenden Spitzenfachverband veranstaltet, der gelegentlich die Ausrichtung an einen Landesfachverband oder Verein delegiert. Solche Veranstaltungen bringen regelmäßig Risiken mit sich, die im Rahmen des Sportversicherungsvertrages nicht versichert sind. Auch erfordern zusätzliche Einnahmen aus Werbe- oder Fernsehgeldern oftmals besonderen Versicherungsschutz, den die Sportversicherung des Isb h nicht beinhaltet. Die notwendigen Versicherungen richten sich nach dem Bedarf.

→ **Über das Versicherungsbüro beim Isb h kann ein umfassendes Angebot erstellt werden.**

V. Ausländische Gäste

Häufig werden von den Vereinen auch ausländische Gäste zu Sportveranstaltungen eingeladen. Für diese Personen kann Ver-

sicherungsschutz im Rahmen einer Unfall-, Haftpflicht-, Krankenversicherung für die Aufenthaltsdauer in Deutschland abgeschlossen werden.

→ **Besondere Anmeldeformulare hält das Versicherungsbüro bereit.**

VI. Versicherungsschutz für Baumaßnahmen-/objekte

Es ist zu beachten, dass in der Sport-Haftpflichtversicherung für Baumaßnahmen bis € 260.000,- die wichtige Bauherren-Haftpflichtversicherung besteht. Wird diese Bausumme jedoch überschritten, entfällt der Versicherungsschutz der Sportversicherung und es ist eine besondere Haftpflichtversicherung abzuschließen. Zusätzlich empfiehlt sich ggf. auch der Abschluss einer Bauleistungs- sowie Feuer-Rohbauversicherung.

→ **Informationen hierzu erteilt Ihnen das Versicherungsbüro.**

VII. Schlüsselverlust

Den Vereinen bzw. den zuständigen Vereinsmitgliedern (z.B. Trainer/Übungsleiter) wird häufig für die Nutzung kommunaler Sportanlagen ein Schlüssel ausgehändigt. Um den Verein bzw. deren Beauftragte vor den Kosten zu schützen, die durch einen Verlust dieses Schlüssels entstehen, deckt der Sportversicherungsvertrag solche Schäden bis zu einer Höchstsumme von € 2.600,- ab. Um Schadenfälle abzudecken, die die gebotene Deckungssumme übersteigen, besteht die Möglichkeit eine entsprechende Ergänzungsversicherung abzuschließen.

→ **Nähere Auskünfte erteilt Ihnen das Versicherungsbüro.**

VIII. Arbeitsmaschinen

Zur Pflege der Sportanlagen werden von vielen Vereinen Arbeitsmaschinen, wie beispielsweise Aufsitzrasenmäher, Rasentraktoren usw. eingesetzt. Sofern diese Arbeitsmaschinen die Höchstgeschwindigkeit von 20 km/h überschreiten, müssen die Vereine diese Arbeitsmaschinen ggf. nach dem Pflichtversicherungsgesetz gesondert zusätzlich versichern.

→ **Bitte wenden Sie sich hierzu an das Versicherungsbüro.**

IX. Tierhalter-Haftpflichtversicherung

Eine Haftpflichtversicherung als Halter vereinseigener Pferde, die außerhalb des Vereinsbetriebes eingesetzt werden, ist unbedingt abzuschließen. Gleiches gilt für das Hüten vereinsfremder Pferde. Damit besteht umfassender Versicherungsschutz beim Einsatz der Pferde innerhalb des Vereinsbetriebes (z.B. auch beim Schulbetrieb für Vereinsmitglieder) als auch außerhalb des Vereinsportes (Nutzung durch Nichtmitglieder). Auch für mitgliedseigene, d.h. privateigene Pferde ist der Abschluss einer Tierhalter-Haftpflichtversicherung erforderlich.

→ **Bitte wenden Sie sich hierzu an das Versicherungsbüro.**

X. Gebäude- und Inventarversicherung (ARAG Sport-Sicherheits-Programm)

Sachversicherungen aller Art werden nicht von der Sportversicherung des Isb h erfasst. Für die Prüfung, ob bzw. in welcher Form Versicherungsschutz angeboten werden kann, muss eine individuelle Risikoerfassung (z.B. Vorhandensein von Diebstahlversicherungen) und genaue Ermittlung der zu versichernden Werte erfolgen. Je nach Bedarf beinhaltet eine Gebäudeversicherung die Absicherung gegen Feuer-, Leitungswasser-, Sturm- und Hagelschäden; eine Inventarversicherung bietet z.B. Schutz für das Mobiliar und Sportgeräte gegen Feuer-, Leitungswasser- und Einbruchdiebstahlrisiken.

→ **Bei Bedarf wenden Sie sich bitte an das Versicherungsbüro.**

XI. Elektronikversicherung

Die Verwaltungs- und Organisationstätigkeiten der Fachverbände und Vereine werden zunehmend durch den Einsatz von Personalcomputern erledigt. Neben PCs und anderen EDV-Anlagen kommen vielfach auch Telefaxgeräte, Fotokopierer o.ä. technische Geräte zum Einsatz. Eine Elektronikversicherung bietet Kostenschutz bei z.B. Beschädigung, Zerstörung oder Abhandenkommen solcher Geräte.

→ **Auch hierzu ist das Versicherungsbüro gerne Ihr Ansprechpartner.**

XII. Betriebshaftpflichtversicherung für Gewerbebetriebe

Bestehen neben dem satzungsgemäßen (gemeinnützigen) Vereinssport auch Gewerbebetriebe bzw. gewerbliche Nebenbetriebe wie z.B. Fitness-Studios, Reit- oder Tennishallen, so ist dafür der Abschluss einer besonderen Betriebshaftpflichtversicherung erforderlich. Vereinsgaststätten in eigener Regie gelten nicht als Gewerbebetriebe und sind daher im Rahmen der Sportversicherung versichert.

→ **Das Versicherungsbüro steht für eine Beratung gern zur Verfügung.**

XIII. Jagd- und Sportwaffenversicherung

Sportschützen haben die Möglichkeit, ihre Sportwaffen und sonstigen Utensilien zu versichern. Geschützt sind diese Waffen/Utensilien dann vor Verlust, bei Beschädigung sowie bei Zerstörung.

→ **Das Versicherungsbüro schickt auf Wunsch gerne entsprechende Unterlagen zu.**

XIV. Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung

Vorstände, Manager oder gesetzliche Vertreter der Verbände und Vereine werden bei möglichen „Fehlentscheidungen“ häufig von Dritten als auch von den eigenen Mitgliedern zu Schadenersatz herangezogen.

Eine Grunddeckung bietet bereits die lsb h-Sportversicherung (vgl. Abschnitt B. IV.). Weitergehender Versicherungsschutz kann bei Bedarf abgeschlossen werden.

→ **Informationen erhalten Sie beim Versicherungsbüro.**

Das Wichtigste auf einen Klick.

Wenn Sie auf der Homepage Ihres Landessportbundes/-verbandes das **ARAG-Sport24** Logo anklicken, haben Sie sofort die wichtigsten Themen im Blick. Angefangen bei Informationen zu Versicherungen und Vertragsinhalten bis zur Schadenmeldung.

Und wenn Sie einmal schnell etwas klären müssen, finden Sie wahrscheinlich unter „Fragen und Antworten“ bereits die gesuchte Information.



Zu ARAG-Sport24 gelangen Sie über die Internetseite Ihres LSB/LSV oder über www.ARAG-Sport.de.

E. Hinweise für den Schadenfall

I. Das müssen Sie bei jedem Schadenfall beachten:

1. Jeder Schaden ist dem

**Versicherungsbüro beim
Landessportbund Hessen e.V.
Otto-Fleck-Schneise 4
60528 Frankfurt/Main
Telefon 069/67 89-2 52
Telefax 069/67 89-3 01
vsbfrankfurt@ARAG-Sport.de**

unverzüglich nach Eintritt des Schadens auf den dafür vorgesehenen Formularen zu melden. **Geben Sie dabei bitte unbedingt Ihre Isb h-Vereinsnummer an.**

2. In jedem Verein sollte eine Person für die Schadenaufnahme und -bearbeitung verantwortlich sein.
3. Melden Sie Schäden nur auf den vorgesehenen Formularen. Der Unfallsachbearbeiter des Vereins sorgt dafür, dass immer ein ausreichender Bestand vorhanden ist. Nachbestellungen richten Sie an das Versicherungsbüro beim Isb h.
4. Achten Sie darauf, dass die Schadenmeldungen sorgfältig, ausführlich und wahrheitsgetreu ausgefüllt werden. Sie sparen unnötige Rückfragen und der Schaden kann schneller bearbeitet werden.
5. Bei späterem Schriftwechsel geben Sie bitte immer die **Vereinsnummer des Isb h**, bzw. die **Schaden-Nummer** an. Sie beschleunigen damit die Bearbeitung des Schadens erheblich.
6. Beachten Sie bitte alle Weisungen des Versicherungsbüros beim Isb h, damit jeder Schaden zügig und unbürokratisch erledigt werden kann. Tun Sie selbst alles, um einen Schaden so gering wie möglich zu halten.
7. Wenn Sie allgemeine Fragen zur Sportversicherung haben, wenden Sie sich an das Versicherungsbüro beim Isb h.

II. Hinweise für Sport-Haftpflichtschäden

1. Die Schadenanzeige darf nie vom Geschädigten ausgefüllt werden.
2. Regulieren Sie Schäden niemals selbst und geben Sie kein Schuldanerkenntnis ab.
3. Gegen Mahnbescheide oder Zwangsvollstreckungen ist sofort innerhalb der Fristen Widerspruch bzw. Einspruch beim zuständigen Amtsgericht einzulegen. Geben Sie die Unterlagen dann bitte umgehend an das Versicherungsbüro beim Isb h.
4. Führen Sie selbst keinen Schriftwechsel mit dem Geschädigten, sondern reichen Sie alle Schriftstücke umgehend an das Versicherungsbüro beim Isb h weiter.
5. Schadenfälle, bei denen Schäden von mehr als € 1.500,- vermutet werden, sind dem Versicherungsbüro beim Isb h sofort telefonisch zu melden.

III. Hinweise für Vertrauensschäden

1. Alle Vertrauensschäden melden Sie bitte formlos an das Versicherungsbüro beim Isb h.
2. Bei der Meldung geben Sie bitte ausführlich und sorgfältig an:
 - den Tatbestand
 - den Schadenhergang
 - Aufstellung über den Verlust mit Wertangabe.
3. Erstaten Sie Strafanzeigen nur in Abstimmung mit dem Versicherungsbüro beim Isb h, wenn Sie nicht gesetzlich verpflichtet sind, die Anzeige sofort zu erstatten.

IV. Hinweise bei Rechtsschutzfällen

1. Alle Rechtsschutzschäden melden Sie bitte formlos an das Versicherungsbüro beim Isb h.
2. Bei der Meldung geben Sie bitte ausführlich an:
 - den Schadenhergang
 - Namen und Anschrift des Rechtsanwaltes, der Sie vertreten soll.Sollten Sie keinen Rechtsanwalt kennen oder – auch im Hinblick auf die Regelung unter Abschnitt B. VII. 8. – eine Rechtsanwaltsempfehlung wünschen, benennt Ihnen das Versicherungsbüro beim Isb h gerne einen Rechtsanwalt.
3. Gegen Strafbefehle und Bußgeldbescheide ist innerhalb der Frist beim zuständigen Amtsgericht oder der zuständigen Behörde Einspruch einzulegen.
4. In Rechtsschutzfällen müssen Sie alle Schriftstücke und Informationen besonders schnell an das Versicherungsbüro beim Isb h geben, damit keine Fristen versäumt werden.

Das Wichtigste auf einen Klick.

Wenn Sie auf der Homepage Ihres Landessportbundes/-verbandes das **ARAG-Sport24** Logo anklicken, haben Sie sofort die wichtigsten Themen im Blick. Angefangen bei Informationen zu Versicherungen und Vertragsinhalten bis zur Schadenmeldung. Und wenn Sie einmal schnell etwas klären müssen, finden Sie wahrscheinlich unter „Fragen und Antworten“ bereits die gesuchte Information.



Zu ARAG-Sport24 gelangen Sie über die Internetseite Ihres LSB/LSV oder über www.ARAG-Sport.de.



NEWSLETTER Ausgabe 12/2010 vom 17. September 2010



www.daec.de/kreditkarte.php

Telefonnummer: Bitte beachten



Die Telefonnummer der DAeC-Bundesgeschäftsstelle ist 0531 23540-0. Wer die direkten Durchwahlnummern nutzt, muss beachten, dass nur eine „0“ entfällt. Beispiel: Die zentrale Nummer des Luftsportgeräte-Büros ist 0531 23540-60. In den vergangenen Tagen wurden Anrufer öfter falsch verbunden, weil sie irrtümlich beide Nullen ausgelassen haben.

Flugbeschränkungsgebiet Österreich

Austro Control informiert: An folgenden Tagen wird ein zeitweiliges Flugbeschränkungsgebiet in Niederösterreich eingerichtet: 16., 17. September und 20. bis 23. September 2010.



[Zum AIP SUP 08/10](#)

Flugbeschränkungsgebiet München



Die DFS informiert: Anlässlich des Münchner Oktoberfestes wird ein Flugbeschränkungsgebiet vom 17. September bis 4. Oktober eingerichtet.

[Zum AIP SUP VFR 11](#)

Luftraum C Berlin: Unberechtigter Einflug

Die DFS hat in diesem Jahr bereits 16 Luftraumverstöße im Luftraum C Berlin registriert. Das sind erheblich mehr unberechtigte Einflüge als in vergleichbaren anderen Regionen. Die DFS bittet eindringlich darum, die Luftraumregeln zu beachten und nicht ohne Freigaben in den Luftraum C Berlin einzufiegen. Die unberechtigten Einflüge haben erhebliche Auswirkungen auf die IFR-Verkehrsabwicklung. Luftraumverstöße können als Ordnungswidrigkeit/Straftat geahndet und mit beträchtlichen Bußgeldern bestraft werden.

Englisch-Sprachprüfer

Die sprachprüfende Stelle DAeC hat bereits 198 Fluglehrer zu Englisch-Sprachprüfern ausgebildet und beim LBA zugelassen. Bis zum Jahresende werden noch etwa 50 dazukommen. Die Lehrgänge des Jahres 2010 sind ausgebucht, es können keine weiteren Kandidaten zur Schulung angenommen werden.



Kontakt zu den Sprachprüfern: www.daec.de/mot/sprachk/index.php



NEWSLETTER Ausgabe 12/2010 vom 17. September 2010



**KREDITKARTE FÜR
PILOTEN**

WWW.DAEC.DE/KREDITKARTE.PHP

Sport-Audit Luftsport: Neue Kollegin



Denise Kluge (28) ist die neue Ansprechpartnerin für die Vereine, die das Sport-Audit Luftsport umsetzen möchten. In den kommenden zwölf Monaten informiert und berät sie über das Umwelt- und Qualitätsmanagementsystem für Sportvereine. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und das Umweltbundesamt (UBA) hatten im Sommer für die bundesweite Umsetzung des Sport-Audit Luftsports die Anschubfinanzierung bewilligt. Aus diesen Fördermitteln werden die Personalkosten komplett finanziert.

Denise Kluge ist Biologin. Gesetze und Bestimmungen aus dem Umwelt- und Naturschutz sind ihr vertraut. In verschiedenen Projekten hat

sie während des Studiums und bei Weiterqualifizierungen umfangreiche Kenntnisse im Projekt- und Qualitätsmanagement erworben. Vereine und Vereinsarbeit kennt sie schon lange. Sie war viele Jahre im Tanzsportverein aktiv. Das Fliegen ist ihr noch fremd, aber ihr erster Tandemsprung hat ihr viel Spaß und Lust auf mehr gemacht.

Kontakt:

Denise Kluge

Telefon: 0531 23540-29

DAeC-Referat Umwelt- und Natur

E-Mail: d.kluge@daec.de

Informationen zum Sport-Audit Luftsport unter: www.daec.de/uw/projekte/Sport-Audit_Luftsport.php



DOSB: Klimaschutz-Wettbewerb



Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) hat am 26. August 2010 den Startschuss für den bundesweiten Wettbewerb „Klimaschutz im Sportverein“ gegeben. Er findet im Rahmen der vom Bundesumweltministerium mit rund 270 000 Euro unterstützten Kampagne „Klimaschutz im Sport“ statt.

Ziel des Projekts ist es, Sportlerinnen und Sportler für ein verstärktes Engagement zur Reduzierung von klimaschädlichen Treibhausgasen zu gewinnen und die Potenziale, etwa zur Energieeinsparung, auch im Sportbereich noch besser zu nutzen.

Im Rahmen des Wettbewerbs können sich alle Sportvereine unter dem Dach des DOSB bis zum 1. November dieses Jahres mit interessanten Projekten zum Thema „Klimaschutz“ bewerben. Dabei sollen Anregungen aus dem Vereinssport zusammengetragen und die Sportler und Sportlerinnen zu neuen Ideen motiviert werden. Der Themenvielfalt ist dabei keine Grenze gesetzt. Sie reicht von Energie- und Ressourceneinsparung über Umweltbildung bis hin zur Ausrichtung von klimafreundlichen Sportveranstaltungen sowie der Umsetzung nachhaltiger Mobilitätskonzepte. Der Wettbewerb ist mit einem Preisgeld von 20 000 Euro dotiert.

DOSB-Presses



Flyer und Bewerbungsbogen zum Wettbewerb unter: www.klimaschutz-im-sport.de



NEWSLETTER Ausgabe 12/2010 vom 17. September 2010



**KREDITKARTE FÜR
PILOTEN**

WWW.DAEC.DE/KREDITKARTE.PHP

Luftsportgeräte-Büro: Lufttüchtigkeitsanweisung



Die LTA-Nummer LSG 10-002 betrifft alle Ultraleichtflugzeuge CT SW /SW 2006 mit der DAeC-Gerätekenntblatt-Nr. 61151.2 mit langem durchgehenden Trimtab.

Bis zur Aufhebung dieser Lufttüchtigkeitsanweisung ist der Betrieb der Luftsportgeräte dieser Baureihe auf eine höchstzulässige Geschwindigkeit (V_{ne}) von 225 km/h beschränkt. Unmittelbar neben dem Fahrtmesser ist ein Warnschild gemäß Anlage 1 anzubringen.



Die vollständigen Lufttüchtigkeitsanweisungen und Technischen Mitteilungen sind unter www.lsgb.daec.de publiziert.

WM Raketenmodellflug: Gold für Stephanie



Stephanie Uhlig holte sich den Titel bei der 18. FAI-Weltmeisterschaft im Raketenmodellflug in der Kategorie S6A in Irig, Serbien. Sie ist die erste Frau, die sich gegen die Männer in dieser Klasse durchsetzen konnte.

Mehr unter: www.rmc-sachsen.de/
www.rmc-berlin.de/

NPA 2008-17C: DAeC Kommentare

Der DAeC hat im August fristgerecht seine Kommentare für das Medical CRD bei der EASA eingereicht. Die EASA hatte die Bestimmungen über die fliegerärztliche Tauglichkeit von den Lizenzvorschriften abgetrennt.



Der Kommentar liegt unter www.daec.de/aktuell/downfiles/2010/DAeC_commnets_CRD_2008-17c.pdf.

Aktualisierung des PPL Fragenkatalogs



Die zweite Aktualisierung des PPL Fragenkatalogs, Ausgabe 2009 für Privatpiloten wurde fertig gestellt. In dieser Überarbeitung wurden insbesondere die Fächer Luftrecht und Navigation überarbeitet und die Änderungen der Luftfahrtkarten ICAO 1:500 000, Ausgabe 2010 eingearbeitet.

Ab Montag, 20. September 2010 werden die Aktualisierungen auf der offiziellen PPL-Fragenkatalog Webseite veröffentlicht und die Änderungen zum kostenfreien Download zur Verfügung gestellt.



Mehr unter: www.peterssoftware.de/jarfc1



NEWSLETTER Ausgabe 12/2010 vom 17. September 2010



**KREDITKARTE FÜR
PILOTEN**

WWW.DAEC.DE/KREDITKARTE.PHP

VFL Mönchengladbach: Eine schöne Idee



Sie sind ihrer Krankheit buchstäblich davongeflogen: 25 Patienten der Abteilung Kinder-Onkologie der Uniklinik Düsseldorf erlebten die Welt für einen Tag lang aus einer anderen Perspektive. Der Verein für Luftfahrt Mönchengladbach hatte die jungen Patienten auf seinen Flugplatz und zum Segelfliegen eingeladen.

“Wir wollen den Kindern einen schönen Tag bereiten und sie vom Krankenhausalltag ablenken“, sagte Arend Dechow vom Verein für Luftfahrt. Zusammen mit der Elterninitiative Kinderkrebsklinik e.V. hatten sie den Tag organisiert. Zwei Doppelsitzer und zehn Piloten brachten die Kinder in die Luft. Einer der Piloten wusste genau, was die Kinder und Jugendlichen empfinden. Er hat selber eine Krebserkrankung hinter sich und war als Patient in der Klinik gewesen.

Neben dem Flugprogramm hatte der Verein ein kurzweiliges Programm am Platz organisiert. Unterstützt wurden sie von der Feuerwehr Wanlo, die eines ihrer Fahrzeuge zum Kennenlernen mit auf den Flugplatz gebracht hatte. Die Segelflugsimulatoren vom Luftsportclub Erftland aus Bergheim erlaubten den Kindern einen technischen Einblick. Der Charmant Oldtimer Club Gladbach stellte seine schicken Oldtimer für die Fahrten zur Verfügung. Für leckeres Essen sorgte die Metzgerei Kluth aus Neuss.

Die Kooperation der Vereine ermöglichte den kranken Kindern einen schönen, erlebnisreichen Tag. Lobens- und nachahmenswert!

Mehr unter www.kinderkrebsklinik.de/Segelfliegen.html

Dies ist eine Nachricht des DAeC-Newsletter



Zum Kündigen des Newsletters besuchen Sie bitte die Internetseite: www.daec.de/newsletter/index.php

Impressum

Deutscher Aero Club e.V.
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Hermann-Blenk-Straße 28, 38108 Braunschweig
<http://www.daec.de/impressum.php>



Christina Jung
Öffentlichkeitsarbeit/Webmaster
Telefon: 0531 23540-28
Email: c.jung@daec.de

